Nr. 143 — Halle a. S., Mittwoch den 22. Juni 1910 — 21. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 Mk. exkl. Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezieh-bar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

# Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckarsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. — Redaktion: Harz 42/43.

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste.

## Regierung - Sozialpolitik - Reichstag.

„Schon im Februar d. J. haben Wir Unsere Ueberzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden **nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde.** Wir halten es für Unsere Kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgabe von neuem ans Herz zu legen, und würden Wir mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen **größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben,** zu hinterlassen. In Unseren darauf gerichteten Bestrebungen sind Wir der Zustimmung aller verbündeten Regierungen gewiß und vertrauen auf die Unterstützung des Reichstages ohne Unterschied der Parteistellungen . . . ."

**Mit diesen Worten deutete Wilhelm I.** in der Botschaft vom 17. November 1881 die nächsten Ziele der eingeschlagenen Sozialpolitik an. Inzwischen haben wir nun die bekannten drei Sozialgesetze, Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung, erhalten. Diese Gesetze haben auch schon Abänderungen erfahren. Zurzeit liegt dem Reichstage wiederum ein neuer Entwurf in der Gestalt der

**Reichsversicherungsordnung**

**vor. Von einer wirklichen Reform der Arbeiterversicherung kann aber bei dem neuesten Entwurf keine Rede sein,** ebensowenig enthält er nennenswerte Verbesserungen, dafür **treten aber die Verschlechterungen** desto deutlicher in die Erscheinung. Das Selbstverwaltungsrecht bei der Krankenversicherung soll den Versicherten nun auch noch genommen werden. So sehen wir das Bestreben der Regierung, welches darauf hinausläuft, den Versicherten alterworbene Rechte zu nehmen. Hiergegen gilt es aber energischen Protest einzulegen.

Auf dem vorjährigen großen Krankenkassenkongreß in Berlin ging u. a. auch der langjährige Unternehmervertreter, Rechtsanwalt Dr. Meyer-Frankenthal, auf die Frage ein, welches Interesse besteht für die Versicherten und welches für die Unternehmer an der Institution der Krankenversicherung? Wenn dieses Interesse richtig gewürdigt würde, dann müsse man unbedingt zu einer Bejahung des Uebergewichtes der Versicherten kommen. „Gibt es denn," so fragt Dr. Meyer, „nicht auf anderen Gebieten auch eine Verteilung des Anteils an der Selbstverwaltung, der nach dem angeblichen Interesse bewertet wird? Ich erinnere nur an das Dreiklassenwahlsystem in Preußen, an die Tatsache, daß ein bestimmter Stand, z. B. die Hausbesitzer, einen bestimmten Anteil an der städtischen Verwaltung haben." Der bekannte Sozialpolitiker, Professor Stier-Somlo in Bonn, warf auf der Generalversammlung der Ortskrankenkassen des Deutschen Reiches in Bremen 1909 die Frage auf, ob etwa die Konservativen in Preußen geneigt wären, die große Summe ihrer Machtfülle mit anderen Parteien, etwa den Liberalen, zu teilen? Beherrschen sie nicht, besonders im Osten und Norden der preußischen Monarchie, vollkommen die Verwaltung und die höheren Stellen? Nun, daß die Konservativen absolut nicht gewillt sind, von ihrer Machtfülle etwas abzugeben, das haben die Herrschaften zuletzt wieder bei Beratung der preußischen Wahlrechtsvorlage bewiesen.

Pflicht der Versicherten ist es nun, **überall in großen Protestversammlungen gegen die Beschneidung ihrer Rechte die Stimme zu erheben.** Dies ist um so notwendiger, als es sich bei den Versicherten nicht um Sonderinteressen, sondern um wirkliche Volksinteressen handelt, die so zahlenmäßig festzustellen sind, daß alle Gegner, die die Zahlen richtig würdigen wollen, schweigen müssen. Von 1885 bis 1906 gab es 64½ Millionen Erkrankungsfälle der Versicherten und 1 142 929 109 Krankheitstage. Im Jahre 1906 allein waren es rund 87½ Millionen. Mit Recht betonte Rechtsanwalt Dr. Meyer auf dem Berliner Kongreß, daß eine Klasse der Bevölkerung, die in dieser gewaltigen Weise durch das eigene Wohl und Wehe an der Selbstverwaltung beteiligt sei, zweifellos das überwiegende Recht daran habe.

Durch **Halbierung der Beiträge bei der Krankenversicherung** gedenkt man das überwiegende Recht der Versicherten aber einzuschränken. Hinzu kommen noch die verfänglichen Bestimmungen über die Wahl des Vorsitzenden, wonach als gewählt nur derjenige gilt, der gleichzeitig die Mehrheit der Stimmen der Arbeiter und auch der Unternehmer auf sich vereinigt. Da der Entwurf mit Ausnahme von geringfügigen Verbesserungen für den Bezug der Wöchnerinnen-Unterstützung usw. sonstige Erhöhungen der Minimal-Leistungen absolut nicht vorsieht, haben die Versicherten nach Einführung der Halbierung der Beiträge und nach dem Sinzuge der Militäranwärter als Kassenvorsitzende ganz und gar auf **keine Erhöhungen der Leistungen mehr zu hoffen.** Zeigt sich doch schon bei Beratung der Reichsversicherungsordnung in der Kommission das Bestreben der herrschenden Parteien, die von den Sozialdemokraten vorgeschlagenen Verbesserungen abzulehnen. So lehnte die Reichstagskommission es ab, das Krankengeld in allen Fällen auch für die Sonn- und Feiertage zu zahlen, ebenso soll die dreitägige Karenzzeit beibehalten werden.

Nach dem § 8a des Krankenversicherungsgesetzes sind von der Versicherungspflicht zu befreien, Personen, welche infolge von Verletzungen, Gebrechen, chronischen Krankheiten oder Alter nur teilweise erwerbsfähig sind, wenn der unterstützungspflichtige Armenverband der Befreiung zustimmt. Ferner Personen, welchen gegen ihren Unternehmer für den Fall der Erkrankung einen Rechtsanspruch auf eine der Leistungen der Krankenversicherung zusteht, sofern die Leistungsfähigkeit des Unternehmers zur Erfüllung des Anspruchs gesichert ist. Die erste Bestimmung ist trotz Widerspruchs der Sozialdemokraten beibehalten, die zweite jedoch auf ihre Anregung gestrichen worden. Die Konservativen traten lebhaft für Beibehaltung ein und erklärten sogar, gegen das ganze Gesetz zu stimmen, wenn diese Bestimmungen gestrichen würden. Vom Landwirtschaftsministerium kam den Junkern der Geheimrat von Schmeding zu Hilfe, der erklärte, daß die Großgrundbesitzer in Ostelbien schon jetzt „aufs beste" für ihre kranken Arbeiter sorgten. Darauf stellten die Sozialdemokraten sofort fest, daß, wenn die Ausnahmebestimmungen bestehen blieben, der angeblich so große Fortschritt mit der Krankenversicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter für die Bezirke der ostelbischen Großgrundbesitzer nichts als eine Komödie sein würde.

Vergeblich bemühten sich die Sozialdemokraten auch, den ortsüblichen Tagelohn für männliche Personen über 20 Jahre auf mindestens 3,— Mk., für weibliche im gleichen Alter auf mindestens 2,— Mk. zu bringen. Für diesen Antrag traten außer den Antragstellern nur der Pole ein. Diese ortsüblichen Tagelöhne sind auch in der Provinz Sachsen durchgängig sehr niedrig. Den höchsten ortsüblichen Tagelohn erwachsener männlicher Arbeiter haben wir in Halle a. S. mit 3,80 Mk., für den Saalkreis beträgt derselbe jedoch nur 2,— Mk. und für alle Ortschaften des Kreises Liebenwerda (einschließlich der Städte dieses Kreises) gar nur 1,50 Mk. Nach diesem ortsüblichen Tagelohn richtet sich die Höhe des Krankengeldes bei der Gemeinde-Krankenversicherung; ebenso spielt derselbe bei der Invaliden-, Unfallversicherung usw. eine Rolle. Soweit sich die Arbeiten in der Reichstagskommission überblicken lassen, **sind die bürgerlichen Parteien absolut nicht gewillt, für die Arbeiter nennenswerte Verbesserungen zu beschließen.** Deshalb muß das Volk seine Stimme erheben und laut und deutlich fordern. Dies muß um so wirksamer geschehen, als man keineswegs geneigt ist, die große Zersplitterung auf dem Gebiete der Krankenversicherung zu beseitigen. Die Betriebs- und Innungs-Krankenkassen sollen bestehen bleiben, an Stelle der Gemeinde-Krankenversicherung sollen ganz mangelhafte Landkrankenkassen treten usw.

Während man bei der Krankenversicherung den Versicherten die Selbstverwaltung nehmen will, soll hingegen den Berufsgenossenschaften und Landes-Versicherungsanstalten ihre Selbstverwaltung ungeschmälert belassen werden. Bei Festsetzung der Renten scheiden die Versicherten vollständig aus. Vertreter der Versicherten kommen hier nur bei den Rechtsprechungs-Instanzen, bei den Ausschüssen der Landesversicherungsanstalten, bei Festsetzung von Unfallverhütungsvorschriften in Betracht. Allerdings werden zu den Vorständen der Landesversicherungs-Anstalten auch Laienbeisitzer gewählt; jedoch ist die Sache überall so eingerichtet, daß die beamteten Mitglieder die Majorität bilden. In dieser Weise soll der Einfluß der Versicherten nun auch bei der Krankenversicherung eingedämmt werden. **Diese Rechtsmachung dürfen die Arbeiter nicht ruhig hinnehmen.**

Zieht man nun noch in Betracht, daß man die „kleinen Renten" bei der Unfallversicherung am liebsten ganz und gar beseitigt, daß die Rechtsprechung **durch Aufhebung des Rekurses verschlechtert,** die Unfallrenten nur nach zwei Dritteln des Lohnes berechnet werden, so müssen auch hier höhere Leistungen gefordert werden. Dasselbe ist erst recht bei **der Invalidenversicherung** der Fall. Hier betrug 1908 die Durchschnittsrente für Invaliden 169 Mk., für Altersrentner 168 Mk. Dabei wird die erstere Rente erst gewährt, wenn man zu zwei Drittel arbeitsunfähig ist, die letztere bei Eintritt des 70. Jahres, sofern natürlich in beiden Fällen die erforderlichen Marken vorhanden sind.

Was nun die **Witwen- und Waisenversicherung** anbetrifft, so soll ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Frau beim Tode des Mannes die Witwenrente nicht ohne weiteres erhält. Diese Rente wird erst dann gezahlt, wenn die Witwe ebenfalls zu **zwei Drittel arbeitsunfähig geworden ist.** Auch hier werden dann die Prozente noch verbliebener Arbeitsfähigkeit gewissermaßen auf die Goldwage gelegt. Sofern aber die Witwen- und Waisenrenten gewährt werden, sind hierfür ganz geringe Sätze vorgesehen, die teilweise noch **hinter der Armenunterstützung zurückbleiben.** Bezüglich der Höhe der Hinterbliebenenbezüge mag folgendes Beispiel angeführt werden: War der Verstorbene volle 30 Jahre versichert, so beträgt die Witwenrente in der niedrigsten Lohnklasse 81,60 Mk., die Waisenrente bei einem Kinde 40,80 Mk., bei zwei Kindern 68,40 Mark, bei drei Kindern 96 Mk. usw. Dagegen beträgt die Witwenrente bei 30 Beitragsjahren des Verstorbenen in der höchsten Lohnklasse 134,40 Mk., die Waisenrente bei einem Kinde 67,20 Mk., bei zwei Kindern 99 M. und bei drei Kindern 131 Mark. Sind aber weniger Beiträge entrichtet, etwa nur für 20 oder gar nur 10 Jahre, dann kommen viel geringere Renten in Betracht. So beträgt z. B. die Witwenrente in der niedrigsten Klasse nach zehnjähriger Beitragszahlung des Mannes nur ganze 72 Mk., die Waisenrente für ein Kind 86 Mk. usw. Das ist die 1902 in Aussicht gestellte Witwen- und Waisenversicherung! Das Reich, welches durch seine Steuergesetze die Bevölkerung mit 600 bis 700 Millionen Steuern belastet, ist verpflichtet, hier höhere Renten zu bewilligen. **Nicht Almosen, sondern sein Recht muß das Volk verlangen.**

Partei- und Gewerkschaftsgenossen! Es gilt nun, in den nächsten Wochen überall große

### öffentliche Proteltversammlungen

einzuberufen, um zu dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung Stellung zu nehmen. Der letzte Parteitag sowie der Gewerkschaftskongreß haben sich ebenfalls mit dem Entwurf befaßt und die entsprechenden Forderungen und Abänderungsanträge formuliert. Zeigen wir in den einzuberufenden Versammlungen, daß wir die Forderungen und Anträge des Parteitages und des Gewerkschaftskongresses zu den unserigen machen und erheben wir mit aller Wucht unsere Stimmen **gegen Verkümmerung und für Ausbau der Arbeiterversicherung!**

## Der Zug nach rechts und der Ruck nach links.

**Der neueste Ministerwechsel in Preußen zeigt abermals mit eindringlicher Deutlichkeit, daß wir in Deutschland nicht mehr in normalen politischen Verhältnissen leben und auf den Eintritt außerordentlicher Ereignisse gefaßt sein müssen. Eine so** konsequente Mißachtung der Volksstimme, wie sie von den herrschenden Parteien seit Jahren betätigt wird, ist selbst in der Geschichte des vorrevolutionären Europa kaum erhört: sie muß die Gegensätze immer mehr verschärfen und schließlich zu Krisen und Katastrophen führen.

Schon die Gleichgültigkeit, mit der das Scheitern der Wahlreform von den maßgebenden Stellen aufgenommen wurde, bewies, daß man die Fühlung nach unten vollständig verloren hatte. Nach dem Zusammenbruch vom November 1908, nach dem Ausgang der Finanzreform von 1909 hätten gerade wirklich staatserhaltende Politiker alle Künste der Volkstümlichkeit aufbieten müssen, um den alten Autoritäten einen Rest des früheren Ansehens zurückzugewinnen. Aber statt einer irgendwie annehmbaren Wahlreform kamen die Polizeiblamagen auf der Straße und die Krächerfarce im Parlament. Das Volk, dem man im Jahre zuvor ungeheure neue Lasten auf den Rücken gewälzt hatte, bekam dafür nicht ein Quentchen neuer Rechte, und während es völlig leer ausging, machte die Regierung — für die Krone eine hohle Hand. Die Erhöhung der Zivilliste um abermals 3½ Millionen Mark rief auch in dem bisher königstreuen Teil der Massen eine Erbitterung hervor, von der man an den leitenden Stellen bisher keine Ahnung zu haben scheint. Und schließlich wurden dem Volke, dem man durch das Instrument einer falschen Volksvertretung dreieinhalb Millionen abgenommen hatte, zwei verhaßte Reaktionäre als neue Minister beschert. So kann man nur handeln, wenn man sich ganz auf den Standpunkt des ungekrönten Junkerkönigs von Heydebrand stellt und „auf den Beifall der Massen" ein für allemal verzichtet hat.

Aber was der ungekrönte König und das Junkertum können, das kann der gekrönte König und kann die Monarchie nicht. Diese können nicht auf die Dauer auf den Beifall der Massen verzichten, denn sie leben von ihm. Einem Monarchen kann es nicht gleichgültig sein, welche Gefühle „sein" Volk für ihn hegt, so wenig als es der Monarchie gleichgültig sein kann, wie die Masse des Volkes über die monarchischen Institutionen denkt. Hätte Wilhelm II. ehrliche Ratgeber, so müßten sie ihm sagen, daß das Barometer des sogenannten „monarchischen Empfindens" dem Tiefpunkt zustrebt und auf Sturm deutet.

Jeden Zug nach rechts, der sich in den oberen Regionen bemerkbar macht, beantwortet die Masse der Bevölkerung mit einem gewaltigen Ruck nach links. Alle Nachwahlen gestalten sich zu flammendroten Protesten gegen das gegenwärtige Regime, und, was dabei das Interessanteste ist: auch in ländlichen Gegenden steigen die sozialdemokratischen Stimmenzahlen reißend. Und das geschieht zu einer Zeit, in der die Sozialdemokratie in ihrer praktischen Politik radikaler auftritt denn je! Nach den Wahlen von 1907 wurde vielfach behauptet, daß die teilweise recht stürmischen sächsischen Straßendemonstrationen gegen das Dreiklassenwahlrecht zahlreiche Mitläufer zurückgestoßen und den Wahlerfolg beeinträchtigt hätten. Jetzt, nach den gewaltigen preußischen Kundgebungen, erringt die sozialdemokratische Partei einen Wahlsieg nach dem andern! Die Masse der Bevölkerung erkennt in der Sozialdemokratie eine Partei, die in männlicher Entschlossenheit ohne Furcht vor der Macht der Mächtigen ihrem Ziele entgegenstrebt. Darum schließt sie sich mit Begeisterung an.

Und jetzt, in dieser Situation, kommt ein Dallwitz als preußischer Minister des Innern gegen die Thronrede, als Polizeiminister gegen das Wahlrecht — jetzt wird auf den wichtigsten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219100622-15/fragment/page=0001

Posten Preußens ein Mann gesetzt, den ein liberales Blatt, das Berl. Tageblatt, wahrhaftig einlich ganz richtig einschätzt, wenn es von ihm schreibt:

Vielleicht ist Herr v. Dallwitz von seinem Freund und Korpsbruder v. Bethmann Hollweg dazu ausersehen, als oberster Herr der preußischen Polizei den Wahlrechtsschrei des preußischen Volkes zu ersticken, vielleicht soll er, wie Herr v. Moltke nur mit Peitschen arbeitete, die Wahlreformer mit Skorpionen züchtigen. Man wird ja bald wissen, ob der Zügel der polizeilichen Bevormundung des Volkes noch schärfer angezogen, ob das Reichsvereinsgesetz noch willkürlicher ausgelegt, ob der ganze politische Verwaltungsapparat noch schroffer in den Dienst der Junkerherrschaft gezwungen werden soll.

Wie man sieht, hält selbst dieses liberale Blatt den neuen Herrn im preußischen Polizeiministerium für einen Mann, der imstande wäre, preußische Staatsbürger erschießen zu lassen, weil sie den König an ein gegebenes Versprechen mahnen. Wenn solche Auffassungen und Stimmungen schon in bürgerlichen Blättern zum Ausdruck kommen, so kann man daraus auf den allgemeinen Seelenzustand des Volkes recht weitgehende Schlüsse ziehen. Das Berl. Tagebl. versichert, es werde Herrn v. Dallwitz nicht möglich sein, „auf dem Wege der Gewalt die Ruhe des Kirchhofs zu erzwingen". Das glauben wir auch, denn es gibt noch eine Sozialdemokratie, und die ist stärker, entschlossener, selbstbewußter denn je!

Die Monarchie mit ihren reaktionären Ministern zieht nach rechts, das Volk rückt mit der Sozialdemokratie nach links, mit jedem Tage wird die Kluft zwischen beiden Seiten breiter und tiefer. Was schließlich daraus noch werden mag, kann keiner künden! Nur so viel ist gewiß, daß das Außerordentliche immer mehr aufhört, unmöglich zu sein, und daß die Partei des Volkes keinen Anlaß hat, Kämpfen, die ihr etwa aufgedrungen werden sollten, aus dem Wege zu gehen. Mit den nächsten Reichstagswahlen, die nach dem allgemeinen Urteil aller Parteien, einen noch nicht dagewesenen Sieg der Sozialdemokratie bringen werden, ist ja die Weltgeschichte noch nicht abgeschlossen; auch an die Zeiten, die dann kommen werden, gilt es heute schon zu denken!

## Politische Uebersicht.

Halle a. S., 21. Juni 1910.

### Der Freisinn in Süddeutschland.

Die Leiter der Fortschrittlichen Volkspartei im Kreise Friedberg-Büdingen scheinen etwas weniger reaktionär zu sein, als ihre Kollegen in Usedom-Wollin, die bekanntlich keine Stichwahlparole für die Sozialdemokratie auszugeben wagten. Sie werden vielleicht, nach den Auslassungen der der Leitung nahestehenden Organe zu urteilen, die Stichwahlparole zugunsten der Sozialdemokratie und gegen den Bündler v. Helmolt ausgeben. Die Neue Friedberger Zeitung, die der Landtagsabgeordnete Damm redigiert, fordert, daß die Parole für die Fortschrittliche Volkspartei lauten müsse: Keine Stimme für v. Helmolt! — Und die Hessische Liberale Wochenschrifft, das Organ der freisinnigen und liberalen Vereine im Großherzogtum Hessen, schreibt zur Stichwahlparole:

„Zwar würde man bei der Stimmung der freisinnigen Wähler schon durch eine bloße Stimmenfreigabe die Beseitigung der reaktionären Gefahr erreichen. Es wird aber nötig sein, eine entschiedenere Stellungnahme gegen rechts einzunehmen. Den freiheitlich gesinnten Wählern muß gezeigt werden, daß die freisinnige Parteiführung, ungeachtet ihrer versöhnlichen Stellungnahme zu den Friedberg-Büdinger Nationalliberalen, durchaus erfüllt war und ist von dem Wunsch, die Reaktion nach Kräften niederringen zu helfen. Wir hoffen, daß die Freisinnigen am Stichwahltage bis zum letzten Mann ihre Pflicht tun werden im Dienste der Befreiung unseres Vaterlandes von der schwarzblauen Gefahr."

Unsere preußischen Fraktionsfreisinnigen („Fortschrittler") werden über diesen Radikalismus die Hände über dem Kopfe zusammenschlagen. In Preußen wagt es kein Fortschrittler, eine Parole gegen die Junker auszugeben, wofür Usedom wiederum ein bejtätigendes Beispiel war.

### Skandale und sozialdemokratische Presse.

Wenn sich ein Verbrechen ereignet hat, kennen Polizei und Justiz, zumal in Preußen, nur ein Ziel, die Wahrheit aufzuklären, der Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen, ohne jede Rücksicht auf andere Dinge. Oder nicht? Wer das Gegenteil behaupten wollte, könnte auf jeden Fall sehr übel anlaufen.

Aber der Prozeß gegen Frau v. Schönebeck-Weber in Allenstein hat Praktiken enthüllt, die von den Untersuchungsbehörden vorgenommen wurden und die eher zur Verschleierung als zur Aufhellung des wahren Tatbestandes dienten. Zitieren wir aus dem Verhandlungsbericht:

Oberstleutnant Tupschenski sagt über das Geständnis Göbens aus, daß alle drei anwesenden Herren der Ansicht waren, daß es auf Wahrheit beruhe, und er die Frau auf alle Fälle schonen wollte. Wir kamen überein, Exzellenz Scotti zu ersuchen, da Göben alle Schuld auf sich genommen hatte, von einer Verhaftung der Frau v. Schönebeck Abstand zu nehmen. Wir gingen dabei von der Erwägung aus, daß ein Skandal in der Armee vermieden werden müsse. Ich erinnere mich noch, daß die Unterredung mit folgenden Worten an den Kommissar Wannowski schloß: „Fahren Sie ruhig nach Berlin, halten Sie dem Kriegsminister Vortrag. Um einen Skandal zu vermeiden, soll Frau v. Schönebeck nicht verhaftet werden. — Vors.: Hierauf hatte der Minister doch gar keinen Einfluß. — Zeuge: Natürlich sollte er nur seinen Einfluß geltend machen, soweit es möglich war. — Kriminalkommissar Wannowski sagt aus, er habe stets unter dem Eindruck gehandelt, möglichst wenig Staub aufzuwirbeln und möglichst wenig Skandal für die Oeffentlichkeit, das Ausland und die sozialdemokratische Presse zu machen. — Der Vorsitzende bezweifelt, daß der Zeuge die Ermächtigung habe, über alle Dinge auszusagen, besonders über seinen Bericht an den Kriegsminister. — Verteidiger und Staatsanwalt halten aber das Geständnis Göbens, das er dem Zeugen unter vier Augen machte, für sehr wichtig. Wegen Gefährdung der Sittlichkeit und des Staatsinteresses wird dann während der folgenden Vernehmung die Oeffentlichkeit wieder ausgeschlossen.

Später suchte der Kommissar Wannowski seine Aussagen außerordentlich abzuschwächen und manches als „Mißverständnis" hinzustellen. Die Oeffentlichkeit erfuhr aber durch diese Vorgänge wieder einmal, wie man es hinter den Kulissen macht, wenn die Skandale der erstklassigen Gesellschaft in Frage kommen.

## Deutsches Reich.

— **Ein Prinz soll die Sinekure bekommen?** Die Breslauer Zeitung verzeichnet ein in Breslauer Kreisen umgehendes Gerücht, wonach Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen, der sich jüngst mit der Prinzessin Agathe von Ratibor vermählt hatte, zum Nachfolger des Herrn v. Dallwitz als Oberpräsident von Schlesien ausersehen sein soll.

Wir glauben das nicht recht, denn Wilhelm II. hat doch eben erst eine Zulage von 3½ Millionen Mark bekommen, so daß die Angehörigen der Hohenzollern (der Prinz ist ein Vetter Wilhelms) nicht gezwungen sind, auf Erwerb und Stellungssuche auszugehen.

— **Botschafterwechsel in Paris.** Der deutsche Gesandte in Paris, Fürst v. Radolin, beabsichtigt seinen Abschied zu nehmen, und zwar, wie es heißt, lediglich aus Altersrücksichten; er ist 71 Jahre alt. Das bereits eingereichte Abschiedsgesuch werde daher auch genehmigt werden. Als Nachfolger wird Graf v. d. Groeben genannt, der jahrelang erster Botschaftsrat in Paris war. Ein adliger Junkersprößling muß es natürlich sein.

— **Eine Spaltung der Polenfraktion** des preußischen Landtages, und zwar in eine agrarisch-konservative und eine national-demokratische Richtung, kündigen verschiedene polnische Blätter an. In der Polenfraktion herrscht schon seit längerer Zeit eine „Polnische Wirtschaft". Den Rest gab noch die Erklärung des Abg. v. Jadzewski bei den Beratungen über die Zivilliste. Die Fraktion hatte sich mit einer Stimme Mehrheit für die Erhöhung ausgesprochen, doch ausdrücklich beschlossen, im Plenum keinerlei Erklärung im Namen der Polen abzugeben. Dennoch hat Abg. v. Jadzewski, der Vorsitzende der Fraktion, dies getan. Zu der Fraktionssitzung, in der dieser Fall erörtert werden sollte, ist v. Jadzewski nicht erschienen. Die Entscheidung wurde dadurch verzögert. Die Opposition fordert, daß er unbedingt den Vorsitz niederlege und droht, sonst aus der Polenfraktion auszutreten.

## England.

### Teure „Nationalhelden".

Die herrschenden Klassen Englands waren immer generös in der materiellen Anerkennung der „dem Lande", d. h. ihren Interessen geleisteten Dienste. Bekanntlich hat auch Bismarck, der sonst von englischen Einrichtungen nicht viel wissen wollte, das System der Dotationen für sich und seine politisch-militärischen Helfer gerne übernommen. Eigentümlich aber sind namentlich einige vererbliche Pensions-Ansprüche der Nachkommen längst vergangener Kriegshelden. Nach den Mitteilungen des Finanzministers handelt es sich jetzt noch um folgende Pensionen: Graf Nelson 102 000 Mark, Lord Rodney 40 800 Mark, Herzog v. Schomberg 14 688 Mark, Herr v. Auverquerque 7975 Mark. Dabei ist es charakteristisch, daß teilweise gar keine Nachkommen der Geehrten mehr übrig sind. So ist das Geschlecht des im Jahre 1690 gefallenen Herzogs v. Schomberg schon 1719 erloschen, und das Geld fällt an die Testamentsvollstrecker zweier anderer Herren. Und die Pension für Herrn v. Auverquerque, über dessen Person man heute gar nicht mehr recht sicher ist (wahrscheinlich fiel er 1710 in Spanien) bezieht gar die Verwaltung der Bank von England.

Die Nachkommen der zahlreichen gemeinen Soldaten, die mit jenen glänzenden Helden zusammen gefallen sind, haben auch ihren Anteil an diesen Pensionen. Sie dürfen sie bezahlen helfen. —

### Gegen den Militarismus.

Der Kongreß der großbritannischen Friedensgesellschaft, der in Leicester getagt hat, wurde mit einer Volksversammlung eröffnet, in der Lord Weardale, der Präsident des Kongresses, sich mit aller Schärfe gegen die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht, die den besten Teil der britischen Bürgertugenden zerstören würde, und für eine aufrichtige Freundschaft mit Deutschland aussprach. Genosse Macdonald erklärte, er sei zwar ein Gegner der Generalstreiks-Idee, halte aber die Frage eines Generalstreiks als Mittel zur Verhinderung eines Krieges für sehr erörterungswert. Er betonte, daß der bevorstehende Kopenhagener Kongreß sich auch mit den Mitteln zur wirksamen Verhinderung der Kriegsgefahr beschäftigen werde. — Viel wird allerdings dabei nicht herauskommen, denn die Kriegsgefahren lassen sich mit schönen Worten — und weiter bringt es die sogenannte Friedensgesellschaft nicht — nicht beseitigen! —

## Oesterreich-Ungarn.

### Das Attentat auf den bosnischen Landeschef

hat sich, wie die Wiener Polit. Korrespondenz aus gut informierter Quelle aus Serajewo erfährt, als die Tat eines Wahnsinnigen herausgestellt. Der Attentäter ist nach dem nunmehr abgeschlossenen Untersuchungsverfahren von den Aerzten als wahnsinnig bezeichnet und einer Irrenanstalt überwiesen worden.

## Rußland.

### Zwei Attentate.

Der Chef der Gendarmerieverwaltung von Reval, Oberst Erdmann, wurde im Eisenbahnabteil in der Nähe der Station Tula tot aufgefunden. Er ist von einem als Offizier verkleideten Terroristen vergiftet worden, der

---

69] **Der Kraft-Mayr.** [Nachdr. verb.

Ein humoristischer Musikanten-Roman.

Von Ernst von Wolzogen.

Für Geld ist alles feil, auch das Beste in der Kunst. Aber das Beste ist teuer — das merkte Florian Mayr gleich bei seinen allerersten Versuchen, einige Sänger von Ruf für sein Unternehmen zu gewinnen. Sie forderten so viel, daß ihm für Chor und Orchester kaum noch etwas übrig geblieben wäre. Nun versuchte er sein Glück bei den vielversprechenden Talenten, die noch keinen Namen hatten. Einige von denen, die sich hart ums tägliche Brot plagen mußten, sagten mit Freuden zu und stellten auch bescheidene Forderungen — diejenigen aber, die zu leben hatten, waren durch die Aussicht auf den kleinen Verdienst nicht zu verlocken, ihre Kunst in den Dienst einer Sache zu stellen, bei welcher ihr Ehrgeiz schwerlich seine Rechnung fand. Einige von diesen Herrschaften waren ehrlich genug, dies Florian klarzumachen: Irgendein Herr Mayr wolle ein entsetzlich langes und schwieriges Werk von Liszt aufführen! Was war dabei für Ruhm zu gewinnen? Liszt hatte in dem großen Berlin überhaupt nur eine sehr kleine Gemeinde, und seine Kirchenmusik war als erzkatholisch noch weit weniger dem Berliner Geschmack entsprechend als etwa seine sinfonischen Dichtungen, die auch schon fast nie auf den Programmen der vornehmen Konzerte erschienen. Die Lisztverehrung war nur in dem Kreise der jüngstdeutschen Musiker und bei einem kleinen Teil der hohen Aristokratie vorhanden. Wenn er wenigstens diese Clique hinter sich gehabt, wenn er hätte sagen können: Fürst A nimmt fünfzig, die Prinzessin B zwanzig, der Herzog von C ein Dutzend Karten zu meinem Konzerte und so weiter. Ob er denn gar nicht daran gedacht habe, sich wenigstens der Gräfin Tockenburg zu versichern, die als Freundin Wagners und begeisterte Vorkämpferin der neudeutschen Musik die natürliche Patronin seines Unternehmens wäre? Die Gräfin Tockenburg nahm als Gattin eines Botschafters eine hervorragende Stellung bei Hofe ein und hätte gewiß einige königliche Hoheiten veranlassen können, sein Konzert zu besuchen. In solchem Falle hätten sich ihm eine ganze Reihe tüchtiger Sänger gern und sogar gratis zur Verfügung gestellt; denn dann konnte sein Konzert ihnen Einladungen zu den musikalischen Veranstaltungen jener vornehmen Häuser eintragen, welche als Prägestätte neuer Namen für Anfänger von großer Bedeutung waren. Aber ohne solchen starken Rückhalt war er nur ein von Liszt und Wagner warm empfohlener Pianist — und das wollte gar wenig bedeuten; denn die hervorragenden Pianisten zählten heutzutage nach Dutzenden, und die Gutmütigkeit Liszts in Ausstellung von Zeugnissen sei schon nahezu berüchtigt. Selbst des Altmeisters Anwesenheit würde der Aufführung schwerlich eine besondere Anziehungskraft verleihen, denn Liszt sei bei der heutigen Generation, die ihn als Klavierspieler nicht mehr gehört habe, kaum noch populär. Ja, wenn der Meister selbst sich ans Klavier setzen und ein paar Virtuosenstücke zu besten geben wollte, dann könnten die höchsten Eintrittspreise gefordert und trotzdem auf ein volles Haus gerechnet werden.

Florian würgte diese Wahrheiten ingrimmig hinunter. Die Leute, die ihm das zu bedenken gaben, kannten die Berliner Verhältnisse jedenfalls besser als er. Aber auch seine eigenen geringen Erfahrungen genügten vollkommen, ihn einsehen zu lassen, daß sie recht hatten. — Die Gräfin Tockenburg! Ob er die nicht doch vielleicht als Patronin gewinnen konnte, wenn er jetzt, mit den Empfehlungen der beiden Großmeister ausgerüstet, bei ihr anklopfte? Aber sie hatte ihn mit Schimpf und Schande aus ihrer Gesellschaft davongejagt, ja sogar durch einen Offizier aus dem Saal geleiten lassen! Also ein Hinauswurf vollkommenster Art. Er hätte doch keinen Funken von Stolz haben müssen, wenn er nach einer solchen Demütigung der Gräfin wieder als Bittsteller unter die Augen getreten wäre. Und dennoch entschloß er sich nach langem qualvollen Ringen mit sich selbst, der guten Sache das Opfer zu bringen. An einem abscheulichen Regentage gegen Ende Oktober spendierte er sich eine Droschke erster Klasse, um seinen Anzug zu schonen und einen guten Eindruck zu machen, und fuhr bei dem Palais unter den Linden vor. Er schickte eine Karte hinauf, die er vorsorglicherweise mit dem Vermerk: „empfohlen von Liszt und Wagner" versehen hatte. Nach geraumer Weile erst kehrte der Diener zurück mit dem Bescheide, daß die Frau Gräfin bedauere, zu beschäftigt zu sein, um ihn empfangen zu können; aber eine Zeit anzugeben, wann er etwa wiederkommen sollte, unterließ sie. Es war also ganz klar, daß sie sich des peinlichen Vorfalls vom vergangenen Jahre erinnerte und nichts von ihm wissen wollte.

Dieser elende Przezwalsky hatte ohne sonderliche Mühe seine jämmerlichen Machwerke in der Singakademie zur Aufführung bringen können, weil er seine vornehmen Bekanntschaften und den Burmesterschen Geldbeutel hinter sich hatte, und für das grandiose Werk eines Meisters allerersten Ranges sollten in der Millionenstadt weder Publikum noch Künstler zu finden sein? Das konnte, das durfte nicht sein! Florians ganzer Trotz, sein ganzer kraftvoller jugendlicher Idealismus bäumte sich dagegen auf. Er wollte die Vorhersagung der Kleingläubigen zuschanden machen, er wollte diesen Laulingen beweisen, was der starke Wille einer Persönlichkeit vermag. Er wandte sich an einen Agenten geringeren Ranges, der ihm gegen hohe Prozente die nötigen Solisten und einen großen Teil des Chors verschaffte. Das Geld dafür mußte er dem Manne bar auf den Tisch legen. Einen einzigen gemischten Chorverein gelang es ihm durch persönliche Beziehung zur unentgeltlichen Mitwirkung zu gewinnen. Da das erste Orchester Berlins zu teuer war, nahm er mit einem zweiten Ranges vorlieb, welches freilich durch die vielen Proben, die er sich ausbedingen mußte, auch noch teuer genug zu stehen kam. Schließlich gelang es ihm auch, nachdem er an vielen Türen vergeblich angeklopft, eine Kirche im Südwesten der Stadt zu finden, deren Vorstand es wagte, das protestantische Gotteshaus dem katholischen Meister zur Verfügung zu stellen.

Nun glaubte er alle Hindernisse glücklich überwunden. Zwar überschritt der Kostenanschlag seinen Etat um ein Bedeutendes, aber er war sicher, daß die Eintrittsgelder das Defizit reichlich decken würden. Er vertraute den liebenswürdigen Redensarten der Zeitungsredakteure, welche seinem Unternehmen ihre Unterstützung zusagten, und war überglücklich, als er seine erste Reklamenotiz in einer großen Anzahl von Blättern abgedruckt fand, allerdings mit Auslassung vieler Ueberschwänglichkeiten, die zum Preise des großen Werkes seiner Feder entflossen waren. Nun ging er mit Feuereifer an die Arbeit. In seinem großen Zimmer am Luisenplatz bei der Witwe Stoltenhagen, das er glücklicherweise bei seiner Rückkehr nach Berlin gerade unbesetzt gefunden hatte, hielt er jeden Vormittag Soloproben ab. Aber schon bei dieser Gelegenheit mußte er neue traurige Erfahrungen machen. Einzelne von den Sängern erwiesen sich als so unmusikalisch, daß ihnen die schwierigen Partien nicht beizubringen waren, und mußten durch andre ersetzt werden. Einige, die sich schon große Künstler dünkten, wurden ungeduldig und murrten über die vielen Proben und über die Strenge, mit der Florian dabei verfuhr. Der Aerger über diese anmaßenden Menschen, die so ohne jede Begeisterung an ihre Aufgaben herantraten und obendrein wie die rohen Eier behandelt sein wollten, brachte Florian schier zur Verzweiflung. Nur zwei von den Sängerinnen waren ihm dankbar für die unendliche Mühe, die er sich mit ihnen gab, und richteten durch ihren hingebungsvollen Eifer seinen Mut wieder auf. Auch an dem Chor erlebte er bescheidene Freuden. Es wurde in den Abendstunden in der Aula einer Schule geprobt. Da gab's viel Seufzen und Stöhnen über die Schwierigkeit des Werkes und über die unendliche Dauer der Uebungsmethode, auch blieben immer mehr Mitglieder mit oder ohne tristige Entschuldigungen aus. Aber im allgemeinen war doch ein guter Wille zu spüren, und das gewaltige Werk gewann von Abend zu Abend immer festere Gestalt. Mit starkem Herzklopfen betrat Florian das Dirigentenpult bei der ersten Orchesterprobe. Er war mit der Partitur aufs innigste vertraut und hatte daheim, den Taktstock in der Hand, das Werk so oft durchdirigiert, daß er jeden schwierigen Einsatz auswendig wußte; aber er hatte noch nie einen großen Instrumentalkörper geleitet und wußte wohl, mit wie boshafter Schadenfreude alte Orchestermusiker jede Unsicherheit eines jungen Dirigenten sofort bemerken und durch Unaufmerksamkeit oder gar absichtliches Falschspielen ihren Mutwillen an einem solchen auslassen. Doch die erste Probe war auch ein erster Sieg Florians. Die Musiker, die anfangs untereinander geschwatzt und gelacht und allerlei Unfug mit überflüssigen Fragen getrieben hatten, merkten bald, daß sie es mit einem Manne zu tun hatten, der seine Sache gründlich verstand und mit künstlerischem Ernste anpackte. Am Schlusse der Probe brach das ganze Orchester in Beifall aus, und ein alter Fagottist, der schon im Jahre achtundvierzig unter Wagner in Dresden geblasen hatte, drückte ihm die Hand und gratulierte ihm mit einfachen, warmen Worten, die Florian nach all den ausgestandenen Enttäuschungen und Wiederwärtigkeiten mit herzlicher Freude und neuer Zuversicht erfüllten.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219100622-15/fragment/page=0002

mit ihm in demselben Abteil fuhr und dieses kurz vor Tula verließ.

Ein zweites Attentat wurde auf den Ministergehilfen Dumitraschko verübt, der zurzeit die sibirischen Bahnen revidiert. Der Täter gab zwei Schüsse gegen das Fenster des Salonwagens ab, an dem Dumitraschko stand. Dumitraschko blieb unverletzt. Der Attentäter entkam.

## Italien.

**Sozialistische Gemeindewahlsiege.**

Auch bei den am letzten Sonntag vorgenommenen Kommunalwahlen hat die Sozialdemokratie in vielen Orten den Sieg davongetragen. So in den Städten Mailand, Turin, Florenz und Verona. In Mailand wurden die sozialistischen Kandidaten mit dreitausend Stimmen Mehrheit gewählt. Der Gemeinderat wird seine Demission einreichen müssen.

## Türkei.

**Der Albanesenaufstand**

ist noch immer nicht völlig zu Ende. der Einmarsch der türkischen Truppen in das Gebiet von Malcisia ist auf Schwierigkeiten gestoßen, weil die Arnauten an mehreren Orten Widerstand leisteten. Die Truppen verjagten schließlich die Arnauten und nahmen eine Anzahl von ihnen fest. Die Truppen, die von den Bergen herab beschossen wurden, verloren zwei Offiziere und 16 Mann an Toten. Die Truppenmacht besteht aus 27 Bataillonen. Es wurde damit begonnen, die Bevölkerung zu entwaffnen.

## Amerika.

**Teddy, der Reklameheld..**

Ganz Amerika schwimmt in Wonne; Teddy Roosevelt, Expräsident der Vereinigten Staaten und kühne Löwenjäger, hat sich wieder heimgefunden nach seinem geliebten Dollaria. „Ruhmbedeckt" ist er heimgekehrt — als Löwenjäger wie als „Redner" hat er gleich große Triumphe gefeiert —, den Doktortitel von mehreren Universitäten in der Tasche. Ist es da ein Wunder, daß die Amerikaner ganz begeistert sind von ihm und ihn lieber heute als morgen wieder als Präsidenten sehen möchten?! — Hat man ihn doch empfangen, wie man den wirklichen Präsidenten auch nicht pomphafter, ja, einen gekrönten Monarchen mit nicht mehr höfischem Prunk und byzantinischen Huldigungen empfangen könnte. — Auf 2 Millionen (!) hat man die Zahl der Rooseveltbegeisterten geschätzt, die sich zum Empfang des Expräsidenten in Neuyork eingefunden hatten und ihm bei seiner Landung „stürmische Ovationen" darbrachten. Zum „Salutschießen" waren ein Schlachtschiff und fünf Torpedoboote aufgeboten worden. Die Begeisterung der Anhänger Roosevelts, so heißt es in einer Meldung, ist so weit, daß sie eine Abänderung der Verfassung verlangen, damit Roosevelt zum dritten Male zum Präsidenten gewählt werden könne. — Der Teil der Presse, der ob der Rooseveltbegeisterung der Verstand noch nicht ganz verloren ging, erhebt jedoch gegen diesen schon oft aufgetauchten Vorschlag energischen Widerspruch und warnt vor den absolutistischen Neigungen des Expräsidenten. — An dem Tamtam, der um Teddy geschlagen wird, bestätigt sich wieder einmal die alte Erfahrung: Wer am besten Reklame zu machen versteht, der hat den größten Zulauf. Und Teddy ist als Reklameheld unübertrefflich.

# Aus der Partei.

**Die Erhöhung der preußischen Zivilliste.**

Aus den Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses über die Erhöhung der Zivilliste Wilhelms II. gibt die Buchhandlung Vorwärts die Reden der beiden sozialdemokratischen Vertreter Paul Hirsch und Adolf Hoffmann heraus. Die Broschüre trägt den Titel: „Die Erhöhung der Krondotation." Sie kommt von heute ab zur Versendung und kann durch die Parteibuchhandlungen und Kolporteure bezogen werden. Der Preis ist 15 Pfg. Eine Agitationsausgabe auf billigerem Papier und ohne Umschlag, die nur für die Massenagitation geliefert wird, kostet pro tausend Exemplare 22,50 Mk.

# Reichsversicherungsordnung.

In den letzten Sitzungen setzte die Reichstagskommission für die Reichsversicherungsordnung ihre Beratungen über die Krankenversicherung fort. Die Vorlage will entsprechend dem bisherigen Rechtszustande innerhalb drei Wochen nach dem Austritt aus dem Arbeitsverhältnis die Unterstützungen im Krankheitsfalle sichern. Unsere Genossen beantragten, diese Frist auf sechs Wochen zu erhöhen. Der Antrag wurde abgelehnt; dafür stimmen nur die Volkspartei, der Vertreter der Polen und unsere Genossen.

Die Vorlage will die Ausländer, die nach dem Auslande gehen, von dem Bezug der Leistungen ausschließen. Von unseren Genossen wird dem entgegengehalten, daß somit bei einer Ausweisung der Ausländer durch diese behördlichen Maßnahmen seiner erworbenen Rechte verlustig geht. Diesem Einwande entsprechend wird ein Antrag der Konservativen angenommen, der die Unterstützung aufhebt, wenn der Ausländer freiwillig ohne Zustimmung der Kassenverwaltung nach dem Auslande geht. Nur dann wird die Unterstützung nicht gewährt, wenn der Ausländer wegen strafgerichtlicher Verfolgung ausgewiesen wird.

In dem § 228 wird ferner bestimmt, daß die Unterstützung nicht gewährt wird für den Fall, daß der Versicherte eine Freiheitsstrafe von mehr als einer Woche verbüßt, oder im Arbeitshaus untergebracht wird. Unsere Genossen beantragen, in diesem Fall den Angehörigen das Hausgeld zu gewähren. Es ist das die Unterstützung, die sonst bei Aufnahme des Kranken in das Krankenhaus gegeben wird. Dieser Antrag wird angenommen. Dagegen stimmen die Konservativen, Nationalliberalen und vom Zentrum der Abg. Irl und v. Fetten.

Bei dem Kapitel „Träger der Versicherung" entstand eine Generaldebatte über die verschiedenen Kassenorganisationen. Unsere Genossen beantragten für alle Versicherten eine einheitliche Kasse zu errichten. Genosse Mollenbuhr bekämpfte vor allem die Neuerrichtung der Landkrankenkassen, für die eine Anteilnahme der Arbeiter an der Verwaltung ausgeschlossen ist. Die Betriebskasse übernehmen nur Arbeiter, die in der Regel eine geringere Belastung der Kasse auferlegen, denn die großen Betriebe machen die Einstellung ihrer Arbeiter von einer ärztlichen Untersuchung abhängig; schwächliche Arbeiter werden ausgeschlossen. Die Innungskassen sind oft so kleine Organisationen, daß ihre Leistungsfähigkeit über das Minimalmaß nicht hinausgeht. Eine Leistungsfähigkeit der Krankenkasse ist nur in einer großen zentralisierten Kasse zu erreichen. Solche Organisation kann Heilanstalten, Rekonvaleszentenanstalten errichten, sowie die Fürsorge für die Kranken in einem Umfange übernehmen, die heute bei den zersplitterten Kassengebilden nicht möglich ist. Von den Konservativen geht besonders Graf Westarp schneidig gegen die Ortskrankenkassen vor, die nach der Meinung des Grafen von der Sozialdemokratie zu politischen Zwecken mißbraucht werden; es sei ganz ausgeschlossen, daß auch die Landarbeiter diesen Kassen angegliedert werden. Aus politischen Gründen sei es für die Konservativen ganz undenkbar, einer anderen Organisation die Zustimmung zu geben. Die gleiche Ansicht vertritt Abg. Hausmann (natl.). Staatssekretär Delbrück erklärte, daß die Regierung auf Errichtung der Landkrankenkasse beharrt und nicht zu erwarten ist, daß die Regierung von dieser Anforderung zurücktritt. Vom Abg. Behrens (Wirtsch. Vgg.) wird eine weitere Zersplitterung der Kassen gefordert, indem er beantragt, für die Handelsanstalten eine besondere Kasse zu errichten. Der Antragsteller zieht seinen Antrag später zurück. Mollenbuhr entgegnet dem Grafen v. Westarp, daß bei dem Inslebenrufen der Arbeiterversicherung von der Anteilnahme der Arbeiter an der Verwaltung ein Zurückdrängen der Sozialdemokratie erwartet wurde. Jetzt sagt man umgekehrt, die Sozialdemokraten erlangen Vorteile davon. Einen Beweis dafür, daß die Kassen von der Sozialdemokratie politisch mißbraucht werden, habe Graf v. Westarp nicht gebracht, sondern nur eine nichtbewiesene Behauptung aufgestellt. Das Zentrum erklärt, für die Regierungsvorlage zu stimmen. Die Kommission nahm mit großer Majorität die Regierungsvorlage an und lehnte damit alle Abänderungsanträge ab. Für die Regierungsvorlage stimmten die Konservativen, das Zentrum, die Nationalliberalen und der Abg. Behrens.

§§ 237—239 bestimmen, daß die Regierung die Gründung von Landkrankenkassen neben allgemeinen Ortskrankenkassen untersagen kann. Insbesondere soll keine Landkrankenkasse neben einer Ortskrankenkasse gegründet werden, wenn nicht mindestens 500 Pflichtmitglieder für die Landkrankenkasse vorhanden sind und wenn das Bedürfnis von den zuständigen Versicherungsbehörden verneint wird. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission beantragen, Landkrankenkassen neben Ortskrankenkassen nur dann zuzulassen, wenn mindestens 1000 Pflichtmitglieder vorhanden sind.

Es entwickelt sich über diese Bestimmungen eine lange, zum Teil heftige Diskussion; die Landkrankenkassen werden wenig verbesserte Gemeindekrankenkassen sein, die für die Unternehmer billig sind, aber bekanntlich auch nichts leisten. Der Zentrumsagrarier Herold legt sich deshalb auch nur für kleine Landkassen ins Zeug und möchte den Landwirtschaftskammern wesentlichsten Einfluß auf deren Gründung zuweisen. Die Konservativen befinden sich natürlich an der Seite des Zentrumsagrariers. Genosse Mollenbuhr tritt nachdrücklich für große zentrale Ortskassen ein, die sich, wie die Erfahrung lehrt, am leistungsfähigsten erwiesen haben. Bei der Abstimmung wird ein Zentrumsantrag angenommen, der dem § 237 folgende Fassung gibt:

„Durch Landesgesetzgebung (in der Vorlage hieß es Landesregierung) kann für das Gebiet des Bundesstaates bestimmt werden, daß keine Landkrankenkasse neben den allgemeinen Ortskrankenkassen errichtet wird."

Der sozialdemokratische Antrag, die Errichtung von Landkrankenkassen vom Vorhandensein von 1000 Pflichtmitgliedern abhängig zu machen, wird abgelehnt, ebenso wie die konservativen Anträge auf 100 und 200 herunterzugehen. Diese Anträge werden nur noch von der Hälfte des Zentrums unterstützt. Es bleibt schließlich bei der Regierungsvorlage.

§ 245 weist den Landkrankenkassen zu: 1. die in der Landwirtschaft Beschäftigten, 2. die Dienstboten, 3. die im Wandergewerbe Beschäftigten und 4. die Hausgewerbetreibenden und ihre hausgewerblich Beschäftigten. Ein sozialdemokratischer Antrag fordert die Ausschaltung der Gärtner aus den landwirtschaftlichen Arbeitern. Die umfangreiche Diskussion dreht sich um die Frage, welche Arbeiterkategorien Mitglieder der Landkrankenkassen werden müssen. Sehr energisch wendet sich Genosse Hoch gegen die generelle Ueberweisung der Dienstboten an die Landkrankenkassen. Abgesehen von der minderen Leistung der Landkrankenkassen sei diese Bestimmung nichts weiter, als eine beabsichtigte Bemusterung der Landkassen auf Kosten der Ortskassen. Auch Wandergewerbe und Hausindustrie haben in der Landkasse nichts zu suchen. Auf diesen Standpunkt stellen sich im wesentlichen auch die Freisinnigen und ein Teil des Zentrums. Die Regierung gibt die Erklärung ab, daß es sich bei § 245 nur um die Aufstellung einer Norm handele; die Verwaltungsbehörden können Ausnahmen zulassen. Trotz dieser Regierungserklärung stößt die Fassung des Paragraphen auf unverminderten Widerspruch. Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen angenommen.

# Aus den Nachbarkreisen.

**Zeitz**, 21. Juni. Zur Expedientenwahl. Den Genossen, die sich in unserem Bezirk zu dem Posten gemeldet haben, zur Nachricht, daß die Wahlkommission die Genossen Laubsch-Naumburg und Jähnert-Zeitz als Expedienten gewählt hat. Die übrigen Meldungen — 37 — haben sich damit erledigt, den Genossen sagen wir für ihre Meldungen besten Dank.

**Zeitz**, 21. Juni. Sozialdemokratischer Verein. Unsere Versammlung findet morgen, Mittwoch, abend beim Genossen Kämpfe statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Plorin, Arbeitersekretär in Würzburg, der gegenwärtig in Zeitz seine Ferien abhält und als aller Bekannter einmal wieder im alten Kreise weilt. Hoffentlich kommen die Mitglieder in recht starker Anzahl zur Versammlung.

**Zeitz**, 21. Juni. Arbeiterjugend! Zu der für Sonnabend im Terrassengarten vom Bildungsausschuß veranstalteten italienischen Nacht werden der Arbeiterjugend Vorzugspreise gewährt, und sind Billetts gegen Vorzeigung der Legitimation im Konsumverein, Neumarkt 21, zu erhalten. — Sonntag, den 26. Juni, werden auf der Wiese (städtische Eisbahn) Spiele arrangiert. Sammelpunkt 2 Uhr im Dianasaal. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

**Zeitz**, 21. Juni. Rechtzeitig gerettet. Am Sonnabend nachmittag war ein kleiner Junge, der sich durch das Geländer der Auebrücke gezwängt hatte, in die Elster gestürzt. Die Strömung trieb ihn die Elster hinab. Einige Herren, die den Sturz bemerkt hatten, liefen schnell die Treppe hinab über die Wiese, und einer derselben — ein Lehrer — konnte dann den Knaben fassen und somit vom Tode des Ertrinkens retten.

**Zeitz**, 21. Juni. Im Naetherschen Volksbad wurden am Sonnabend, den 18. Juni 1910, 852 Bäder verabreicht, und zwar 386 Schwimmbäder, 350 Brausebäder, 107 Wannenbäder und 9 Heilbäder.

Richtigstellung zum Parteifest: Am Festzuge nahmen nicht 1800, sondern nur 800 Genossen und Genossinnen teil.

**Zeitz**, 21. Juni. Freibank. Mittwoch und Donnerstag rohes Rindfleisch, Pfund 35 und 40 Pf.

**Aue**, 20. Juni. Gemeinderatssitzung. Zur Rechnungslegung der Gemeinde wird mitgeteilt, daß die Einnahmen 30 966,21 Mk., die Ausgaben 28 162,02 Mk. betragen. Entlastung wird erteilt. — Ueber den Anschluß an die Ueberlandzentrale entspann sich eine längere Debatte. Genosse Wagler ist nicht für Anschluß an die Zentrale, vielmehr tritt er für den Anschluß an Zeitz ein, zumal der geforderte Preis der Kilowattstunde der gleiche sei. Dieser Antrag wurde mit neun Stimmen angenommen. — Bei der Besprechung des Straßenausbaues nach Schmiders Gartnerei gab der Ortsvorsteher bekannt, daß alle die Hausbesitzer, welche nach dem 28. November 1902 bauliche Arbeiten auf ihren Grundstücken vorgenommen haben, ohne Entschädigung das Land abzutreten haben. — Es sollte dann ein Bericht über die Tätigkeit der Krankenschwester Olga und über die Gründe ihrer Entlassung gegeben werden. Der Berichterstatter, Pfarrer Vollmann, glänzte durch Abwesenheit. Er gab schriftlich an, einen Bericht nicht geben zu können, da er von der Schwester noch keinen erhalten habe. Die Auskunft über die Entlassungsgründe lehne er rundweg ab.

Genosse Wagler wies darauf hin, daß durch das Eingreifen des Vaterland. Frauenvereins die Gemeindevertretung entrechtet sei. Dem Pfarrer sollte es doch ein leichtes sein, die Entlassungsgründe öffentlich bekanntzugeben, natürlich in Gegenwart der Schwester, die zur Verteidigung jederzeit bereit sei. Von 50 befragten Kranken haben sich 48 über die Schwester lobend geäußert. Genosse Wundrack teilt mit, daß ihm Frau Landrat Winkler gesagt habe, die Schwester sei nicht normal, auch gingen beim Pfarrer fortgesetzt Beschwerden über sie ein. Die Aerzte jedoch sprechen ihr Lob aus. Vorsteher Schnock gab dann noch eine Beschwerde über die Schwester bekannt. Von den anwesenden zehn Vertretern erklären fünf, daß in dieser Sache keine Aufklärung erfolgt sei und bedauern das wenige Entgegenkommen des Pfarrers. Die Herren Schnock, G. Hoppe, Köhler, Müller und Schulze stimmen gegen unseren Antrag. Verir. Werther gibt noch bekannt, daß Pfarrer Vollmann erklärt habe, die Sozialdemokraten pfuschten ihm zu sehr im Zeug rum. — Das mag zutreffen. Die Sitzung selbst bot dafür Beweise. Die Zuhörer werden sich jedenfalls ihr Urteil gebildet haben.

**Naumburg**, 20. Juni. Bauarbeiter-Aussperrung. Die Unverfrorenheit der hiesigen Unternehmer ist ja bekannt; nach dieser Richtung hin fielen sie auch auf bei den letzten Verhandlungen in Halle; und zu dem übrigen haben sie noch ein Stücklein geleistet. Sie haben beschlossen, den Dresdner Schiedsspruch nicht anzuerkennen. Die Aussperrung vom 20. ds. Mts. als aufgehoben zu erklären und die Arbeiter, soweit angängig, wieder einzustellen. Falls die Arbeiter sofort die Arbeit wieder aufnehmen, würden sie bereit sein, in einer paritätischen Kommission über eine Lohnerhöhung von 1 Pf. mit sich reden zu lassen. Eine heute tagende Bauarbeiter-Versammlung wies dieses Ansinnen zurück und beschloß, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis die Unternehmer Zugeständnisse einer merkbareren Lohnerhöhung (2—4 Pf.) machen, im übrigen aber der Dresdner Schiedsspruch als Grundlage einer Vereinbarung zu dienen hat. Es wurden sechs Kollegen gewählt, die in diesem Sinne mit den Unternehmern verhandeln sollen. Vorläufig bleiben die Bauten gesperrt. Jeder Kollege hat den Anweisungen der ausgestellten Posten Folge zu geben. Die Unternehmer haben den Kampf vom Zaune gebrochen; sie mögen auch die Kriegskosten zahlen.

**Naumburg**, 20. Juni. Die „Evangelischen" haben auch in Naumburg, der Zentrale für Volksverhetzung für die Provinz Sachsen, den Kampf wider Rom aufgenommen. Die Enzyklika scheint unseren politischen Frömmlern nicht unecht gekommen zu sein, bietet sie ihnen doch den willkommenen Anlaß, zu versuchen, die Verbitterung des Volkes über innerpolitische Vorkommnisse auf „Rom" abzulenken. Zu diesem Zwecke hat schon vorige Woche eine vom Evangelischen Bunde veranstaltete Protestversammlung getagt und jetzt wird ein Flugblatt zu diesem Zwecke verbreitet. Demselben ist auch ein Beitrittsschein zum Evangelischen Bunde beigefügt. Der regelmäßige Jahresbeitrag ist drei Mark, es wird aber auch schon für eine Mark gemacht. Wir glauben nicht, daß sie so viel Schäflein einfangen, daß sich Erweiterungsbauten am Schafstalle des Evangelischen nötig machen.

**Rehmsdorf**, 20. Juni. Arbeiterrisiko. Auf Grube Leonhardt I. bei Wuitz verunglückte am 18. d. der Arbeiter Hoffmann von hier. Er war mit dem Ausputzen der Baggerloren beschäftigt, beim Umsteigen nach einer andern Lore kam er zu Falle. Er wurde nach dem Bergmannstrost in Halle geschafft, an seinem Aufkommen wird gezweifelt.

— Folgen des Alkohols. Am Sonnabend schlug im Gasthof zur Rose der Bergarbeiter Kunesch von hier den Geschirrführer Stefanik, wegen einer geringfügigen Sache, mit dem Bierglase derartig an den Kopf, daß der Geschlagene eine furchtbare Wunde davontrug. Schade um das Geld, welches nun unnötigerweise dem Gericht geopfert wird. Was würden wohl unsere Gegner sagen, wenn es in einem Arbeiterlokale geschehen wäre?

**Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht und Parteinachrichten Paul Hennig, für Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bock, für Lokales Gottl. Kasparek, für Provinzielles und Arbeiterlokale berichte Walter Leopoldt, sämtlich in Halle.**

**Die besten Bouillon-Würfel** sind die von **MAGGI**

1 Würfel für 1/4 — 1/5 Liter je nach Geschmack **5 Pfg.**

**Man achte genau auf den Namen MAGGI u. die Schutzmarke**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219100622-15/fragment/page=0003

# Warnung!

Sämtliche Verkaufsstellen, welche mein heute weltberühmtes Fabrikat führen, welches bisher als Knäusels Tafelkönigin, und jetzt nur noch als **Knäusels Tafel=Kaiserin** 1 Pfd. 95 Pf. 5% R. verkauft wird, haben

**im Schaufenster ein gelbes Plakat!!**

Eine hiesige Firma, welche ihre bisherige Margarine einfach zur Tafelkönigin umgetauft hat, hat auch (weshalb weiß der verehrte Leser!)

meine früheren weißen Streifen-Plakate sowie mein blaubedrucktes Einschlagpapier genau nachgemacht! **Vorsicht beim Einkauf!**

Meine alte, gute, weltberühmte Marke Knäusels Tafelkönigin, jetzt Knäusels „Tafel-Kaiserin", hat mit dieser Firma absolut nichts zu tun.

Jeder einzelne Würfel trägt, wenn echt, meinen Stempel. Für 25 Stück solcher Einschlagpapiere mit meinem Stempel Albert Knäusel, 1/2 Pfd. Tafel=Kaiserin gratis.

Knäusels **Tafel-Kaiserin** ist allerfeinster Molkerei-Butter-Ersatz (Margarine). Der Nährwert ist der feinsten, teuersten Molkerei-Butter vollständig gleich! | Butterkühler verleihe gegen 50 Pf. Pfand. | **Albert Knäusel.**

---

# Krankenkassen-Verband Halle a. S.

Hiermit gestatten wir uns, die Mitglieder der hiesigen Krankenkassen sowie die Herren Arbeitgeber zu der am **Donnerstag, den 23. Juni abends 8½ Uhr im „Volkspark"** (Burgstraße 27) stattfindenden

## Protest-Versammlung

die sich mit der **Reichsversicherungs=Ordnung** befassen wird, höflichst einzuladen und sehen zahlreicher Beteiligung entgegen.

**Der Vorstand.**

---

## Arbeiter-Radfahrer-Verein Halle a. S. und Umgeg.

(Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes Solidarität).

Sonntag den 26. Juni von nachm. ½4 Uhr an im Volkspark:

## Sommerfest

verbunden mit Garten-Frei-Konzert, Preisschiessen und Preiskegeln.

Nachmittags von 4 Uhr an im grossen Saale: **Ball.**

Es ladet freundlichst ein **Der Vergnügungs-Ausschuss.**

**Freitag d. 24. Juni abends 8½ Uhr bei J. Streicher, Gasthof drei Könige:**

## Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Wahl der Delegierten zum Bundestag. 2. Vereinsangelegenheiten. — Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand.

---

**Richard Flemming,**
Halle a. S., Schmeerstraße 22.
**Optische Anstalt.**
Große Auswahl, billigste Preise!

---

**Sangerhausen**
Alten prima Nordh. Branntwein, Ltr. 75 ₰, bei gr. Posten billiger, Liköre 1 ℳ, empfiehlt
**G. Wiebach,** Destillation.

---

# Irrigateure

komplett von **80** Pf. an p. Stck.

**Bett-Unterlagen**

für Kinder von **15** Pf. an
„ Erwachsene **70** „ „
sowie
**sämtl. Bedarfs-Artikel**
für
**Wöchnerinnen**
in großer Auswahl billigst.
Ferner
**Baby-Wagen**
zum Wiegen (auch leihweise).

**Hugo Nehab**
Nachf.,
27 Große Ulrichstraße 27,
66 obere Leipzigerstr. 66.
**Auf Firma u. Hausnummer bitte genau zu achten.**

---

## Zentralverb. d. Maschinisten u. Heizer, Halle a. S.

**Mittwoch den 22. Juni abends 8 Uhr in der „Goldenen Kette", Alter Markt 11:**

## Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. **Die Bauarbeiter=Aussperrung und ihre Bedeutung für andere Berufe.** Ref.: Red. Gen. O. Niebuhr. 2. **Bericht vom Verbandstag in Hamburg.** Ref.: Koll. Martin. 3. Abrechnung vom Sommerfest.

Um zahlreichen Besuch bittet **Die Ortsverwaltung.**

---

Achtung! **Trebnitz.** Achtung!

**Donnerstag den 23. Juni abends 8½ Uhr im Böttgerschen Lokale**

## Oeffentliche Frauen-Versammlung.

Referent: Genosse **Gerhardt, Zeitz.**
Hierzu sind die Gleichheitsleserinnen besonders eingeladen.
**Der Einberufer.**

---

**Geiststr. 42.**

## In Berndorffs billigem Verkauf

gibt es enorme Vorteile beim Einkauf von
**Taschentüchern, Gardinen, Bettzeug, Inletts,**
**Damen-, Herren- und Kinder-Hemden.**

---

**Eine ganze Armee** Kinder ist großgezogen mit **Karl Koch's „Nähr-Zwieback"**, denn derselbe ist **sehr wohlschmeckend, besitzt höchsten Nährwert, beförd. d. Körperzunahme, stärkt den Knochenbau, verhindert die Kinderkrankheiten** als: Rhachitis, Skrophulose ꝛc., da er die Bestandteile einer guten Kuhmilch mit den der Muttermilch eigenen Nährsalzen und Phosphaten vereint.

Zu haben in Tüten u. Paketen à 10, 20, 30 u. 60 Pfg. in den **Apotheken, Drogerien, Kolonialwaren=Handlungen** und in den durch Plakate kenntlichen **Verkaufsstellen.** *

---

**Stets frisch gerösteten**

## Halleschen Wappen-Kaffee

* **Pack. ges. geschützt,**
in den Preislagen von **1,10** bis **2,10 Mk.** das Pfund.

**Meine Spezialmischung**
**1 Pfd.-Pack. 60 Pf., ½ Pfd 30 Pf.**

ist ein Getränk von **grösster Ergiebigkeit** und **Bekömmlichkeit** und somit sowie infolge des **billigen Preises besonders zu empfehlen.**

## A. Trautwein,

Tel. 2530. **Gr. Ulrichstr. 31.** Tel. 2530.
**Kaffeerösterei** mit elektrischem Betrieb.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

---

Auf den **Punkt** gehen alle **Uhren,** die repariert werden beim **Uhrmacher Kurt Unger, Bechershof 9,** am Markt. *
Unt. Garantie — äuß. bill. Bitte ausschneid. u. aufbew.

---

# Die Neue Zeit.

**Wochenschrift der deutsch. Sozialdemokratie.**

Es sollte niemand versäumen, auf **Die Neue Zeit** zu abonnieren.

**Vierteljahrs-Abonnement 3.25 M. Einzel-Nummer 25 Pf.**

Bestellungen nehmen entgegen alle Austräger und die
**Volks-Buchhandlung,**
Harz 42/43.

---

**H. Böhlerts Roßschlächterei**
Delitzscherstraße 78,
Glauchaerstraße 75
dicht an der Glauchaischen Kirche und **Große Gosenstraße 20**
empfiehlt diese Woche in bekannter Güte:
**frische Fleisch- und Wurstwaren.**

---

Engros-Niederlage bei Büben & Herrmann und Gutschow & Barnieske.

---

**Butterkühler**
ohne Eis, 50 ₰
**C. F. Ritter,**
Leipzigerstrasse 90.

---

**Frische Knickeier**
4 St. 10 Pf. **Spezial-Eier-Grosshandlung**
7 Talamtstraße 7.

---

## Solide Familien

erhalten sämtliche **Wäscheartikel, Gardinen, Kleiderstoffe, Blusen, Kostüme, Kinderkleider, Knabenanzüge, Blaudrucks ꝛc.** in nur reeller Ware auch auf *

**Teilzahlung**

bei **Fr. Gronau,** Barfüßerstr. 16.
Wäschefabrik u. Versand=Geschäft.

---

**Braunbier,**
täglich frisch, empfiehlt *
**Günthers Brauerei.**

---

Soeben erschienen:
**Wahrer Jakob 1910**
Nr. 13.
**Preis 10 Pf.**
**Gleichheit**
Nr. 19.
**Preis 10 Pf.**
Zu beziehen durch alle Austräger und die
**Volksbuchhandlung,**
Harz 42/43.

---

**Kastenregale**
**Warenschränke** mit und ohne Schiebetüren, **Fachregale, Ladentische** mit u. ohne Kasten, 2 grosse **Messingstandwagen** verkauft billig
**Friedrich Peileke,**
Telephon 2450, Geiststr. 25.

---

**Parteischriften** empfiehlt die **Volksbuchhandl.**

---

Mittwoch
**Schlachtefest.**
**Marie Böttcher,**
Triftstraße 2.

Morgen, Mittwoch,
**Schlachtefest.**
Früh 8 Uhr: Wellfleisch.
**Otto Becker. Kröllwitz.**

Jeden Mittwoch
**Schlachtefest.**
**Paul Marschall,**
Rosenstraße 2.

Jeden Mittwoch
**Schlachte-Fest.**
**F. Kluge,** Beesenerstr. 1.

---

**Tischmesser und Gabeln**
prima Solinger, billigste Preise.
**C. F. Ritter,**
Leipzigerstrasse 90.

---

**Herrenschreibtisch,**
**Vertiko, Kleiderschrank, Eßtisch, Rohrstühle, Trumeaux=Spiegel, Plüsch=Garnitur, Bücherschrank, Chaiselongue, Ausziehtisch, Spiegel mit Schränkchen, Plüschsofa, Bettstellen m. Matratze, Waschtisch, Nachtschränkchen, Küchen=Einrichtung, Flurtoilette,** alles in sehr gutem Zustande, verk. billig
**Friedrich Peileke,**
Telephon 2450. Geiststr. 25.

---

**Waschgefässe**
dauerhaft, billigst. Mgl. d. R.=Sp.=V.
**Zander,** Gr. Klausstraße 12.

---

**Artern. Artern.**

Erlaube mir, einem hochgeehrten Publikum von **Artern** und **Umgebung** mitzuteilen, daß ich das seit über 20 Jahren altrenommierte
**Kolonialwaren-Geschäft**
meines verstorbenen Onkels übernommen habe und bitte ein hochgeschätztes Publikum, mir in meinem neuen Unternehmen behülflich zu sein. Ich werde stets bemüht sein, meine werte Kundschaft nur durch gute und reelle Waren prompt und zuvorkommend zu bedienen.

Hochachtungsvoll
**G. Schmidt's Nachflg.**
Inh.: **F. Weidemann.**

---

## Standesamtliche Nachrichten

**Halle=Süd** (Steinweg 2) 20. Juni.

**Aufgeboten:** Kaufm. A. Schubert und E. Reichel (Halle a. S. und Lengefeld). Arbeiter Erdmenger und M. Scherrlitz (Eisleben). Pfefferküchler Balke und A. Wunderlich (Aschersleben). Kaufmann Köhler und L. Krötzsch (Halle a. S. und Stößwitz).

**Geboren:** Eisenbahn=Bureau=Diätar Busch T. (Lauchstädterstraße 19). Geschirrführer Vorreyer aus Hohenmölsen Sohn (Klinik). Kaufmann Rolsch S. (Dorotheenstr. 17). Regierungs=Assessor v. Kameke Zwillinge (Lindenstraße 85). Detacheur Steitz T. (Huttenstraße 5b).

**Gestorben:** Maschinisten Hachmeister Ehefrau, geb. Mehl, 55 J. (Böllbergerweg 21). Stadtbahnschaffners Schumann S., 8 Jahre (Gr. Steinstr. 35). Wtw. Haase, geb. Bosse, 86 J. (Magdeburgerstraße 12). Invalide Wernicke, 51 J. (Hochstr. 19). Arb. Richter, 76 J. (Wolffstr. 21). Postschaffners Kirsten T., 1 J. (Raffineriestr. 7). Rentenempfänger Schaaf, 73 J. (Saalberg 25). Tischlers Rather Sohn, totgeboren (Unterberg 5). Schmiedemeisters Gabler aus Gröbitz Ehefrau, geb. Schlag, 34 J. (Klinik). Geschirrführers Vorreyer aus Hohenmölſ. S., 14 Std. (Klinik). Ww. Gebhardt geb. Thebes, 61 J. (Bernhardystraße 59). Stanzer Kreutzmann, 43 J. (Thüringerstraße 29). Arbeiters Leue T., 2 Mon. (Glauchaerstr. 52). Ww. Jähnert geb. Zimmermann, 85 J. (Pfännerhöhe 45). Schneidermeisters Sirotzy Ehefrau Marie geb. Boditschka, 28 J. (Leipzigerstraße 17).

**Halle=Nord** (Gr. Brunnenstr. 3a). 20. Juni.

**Aufgeboten:** Tapezierer Ermisch und Minna Graneist (Breitestraße 12).

**Geboren:** Bäcker Sperlich S. (Bismarckstr. 28). Zugabfertiger Kühne T. (Goethestraße 14).

**Gestorben:** Schüler Wagner aus Weißenfels, 8 J. Obersteuermanns a. D. Schmidt T., 8 Mon. (Brandenburgerstr. 5). Arbeiters Apel Ehefrau Marie geb. Eisewicht, 54 J. (Saalestraße 7). Arbeiter Kurbiß, 37 J. (Gut Gimritz).

---

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Jlgner. — Druck der Hallesch. Genossensch.=Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger : vorm. Aug. Groß, jetzt A. Jähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219100622-15/fragment/page=0004

# Beilage zum Volksblatt.

Nr. 143 — Halle a. S., Mittwoch den 22. Juni 1910 — 21. Jahrg.

## Außerordentl. Verbandstag der Bauarbeiter.

k. r. Charlottenburg, 20. Juni 1910.

Die Generalversammlung tagt im Charlottenburger Volkshause. Als einzigster Beratungsgegenstand steht die **Berichterstattung über den Verlauf der örtlichen Verhandlungen und die Entscheidungen des Schiedsgerichts.** Bömelburg gibt den Bericht, er betont, daß durch die örtlichen Verhandlungen fast gar keine Verständigung zustande gekommen ist; die Zeit die zwischen den Tagen lag, wo die Einigungsvorschläge gemacht wurden und wo das Schiedsgericht zusammentreten sollte, war viel zu kurz.

Dadurch entstand auch die große Schwierigkeit, die **ganze Materie durch Schiedsspruch zu erledigen.** Wir haben uns anfangs stark dagegen gewehrt, als Parteien im Schiedsrichterkollegium mitzuwirken, aber die praktische Handhabung hat uns sehr bald überzeugt, wie notwendig es ist, daß Kenner der Verhältnisse mitwirkten, nicht bei der Abstimmung, aber doch bei der Darlegung der Zustände. Nachdem über München und Nürnberg der Schiedsspruch gefällt war, mußte der Versuch aufgegeben werden, über die einzelnen Orte zu verhandeln. **Die Schiedsrichter waren sich inzwischen darüber klar geworden, daß die Verhandlung auf eine breite Grundlage gestellt und allgemein entschieden werden mußte, wenn man für die Erledigung nicht 4—6 Wochen brauchen wollte.** Es wurden dann allgemeine Grundsätze aufgestellt über die Lohnhöhe, Verkürzung der Arbeitszeit. Ueber die Teuerungszuschläge konnte kein bestimmter Grundsatz aufgestellt werden, weil das Material zur Prüfung der verschiedenartig gelagerten Verhältnisse ungenügend und die Entscheidung sehr schwer ist. **Das Resultat der Schiedssprüche befriedigt uns nicht,** aber wer sagen will, daß 5 Pfg. Lohnerhöhung nichts ist, der muß uns erstmal nachweisen, daß wir bisher eine größere allgemeine Erhöhung erreicht haben. Das Schlimme ist immer nur der eine Pfennig; wäre es zwei und drei Pfennig während der Vertragsdauer oder auch zwei nochmals zwei und ein Pfennig dann würden wir uns wohl kaum zu streiten brauchen. Aber hier müssen wir auch bedenken, daß die Unternehmer in diesem Jahre überhaupt nichts bewilligen wollten.

Nach dem Schiedsspruch tritt während der Vertragsdauer für 130 000 Maurer und 70 000 Bauhilfsarbeiter eine Erhöhung von 5 Pfg. ein.

7000 Maurer und 3000 Bauhilfsarbeiter erhalten 4 Pfg. Erhöhung.

Zusammen also 210 000 Kollegen, außerdem tritt für 30 000 Kolleger eine Verkürzung der Arbeitszeit ein. Der Schiedsspruch sei also wohl annehmbar und empfehle der Vorstand denselben zur Annahme.

Die Debatte gestaltete sich oft recht stürmisch. fast ein Dutzend Redner plädierten nacheinander für **Ablehnung des Schiedsspruches.** Der Bremer Delegierte erklärte: Wenn wir vor 14 Tagen gewußt hätten, daß die Lohnbewegungen durch die Schiedssprüche in der Form erledigt werden, wie geschehen, dann würden wir den Vertrag abgelehnt haben. Der Schiedsspruch kann nur angenommen werden unter der Bedingung, daß den einzelnen Orten frei Hand gelassen werde, sich höhere Löhne zu erkämpfen. Er sprach für **Ablehnung und Weiterführung des Kampfes.** Seine Ausführungen fanden lebhaften Wiederhall in den Reihen der Delegierten.

Der Dortmunder Gau läßt durch einen Delegierten erklären, daß der Gau den Schiedsspruch energisch ablehne. Redner wünscht, daß der Vorstand durch Beschluß des Verbandstages gebunden und ihm die Richtschnur für spätere Verhandlungen gegeben werden; damit die Unparteiischen in Zukunft nicht einfach über die Köpfe der Mitglieder beschließen können.

Von anderen Rednern wird die Bewilligung von einem Pfennig Lohnerhöhung als Bettelpfennig und unannehmbar bezeichnet. Die Vorstandsverfügung, daß heute am Montag die Arbeit aufgenommen werden sollte, wird ebenfalls bekrittelt und verurteilt. — Päplow macht längere Ausführungen über den Stand und die Aussichten des Kampfes, er rät ebenfalls den Schiedsspruch anzunehmen, da derselbe das bringe, was uns bisher nur im heißen Ringen an einzelnen Orten möglich war.

Weitere Redner betonen, daß der Vorstand erst hätte den Verbandstag befragen müssen, bevor er die Aufnahme der Arbeit bekrediert und den zentralen — Verhandlungen über die Festsetzung der Löhne zugestimmt hätte. — Von Silberschmidt wird betont, daß bei dieser Debatte über den Schiedsspruch der Blick sich weiten müsse und nicht am eigenen Wohnort bleiben dürfe. Für große Gebiete, für kleine Städte und ländliche Bezirke sei die Erringung des einen Pfennigs und Verkürzung der halben Stunde Arbeitszeit eine große Errungenschaft. Bei diesem Kampfe handelte es sich ja auch weniger um Lohnerhöhungen als um Abwehr der Unternehmermacht und dieses sei gelungen, deshalb meine er, der Verbandstag könne seine Zustimmung zum Schiedsspruch geben, denn das Unternehmertum habe eine Schlacht verloren.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird von Bömelburg bekämpft mit der Begründung, daß man die Frage nicht in Handumdrehen lösen solle; darauf wird die Sitzung auf Dienstag früh vertagt.

## Halle und Saalkreis.

Halle a. S., 21. Juni 1910.

### Aus dem Stadtparlament.

Eine umfangreiche, nicht weniger als vierzig Punkte umfassende Tagesordnung lag der gestrigen Sitzung der Stadtväter vor. Fürwahr, eine ausgiebige Speisekarte, die verzehrt werden sollte. Aber nicht einmal die Hälfte der Vorlagen gelangte zur Erledigung, der Rest soll am nächsten Montag verabschiedet werden, und dann werden die meisten der Herren ihre Koffer packen und ins Gebirge oder an die See reisen, um sich zu erholen von den anstrengenden Strapazen des — Nichtstuns. Auffallend war übrigens die schlechte Besetzung des Hauses. Ein volles Drittel der Erst- und Zweitklassigen glänzte durch Abwesenheit. Aber auch so floß der unergründliche Redestrom, wenn er mitunter auch dem dürftigen Geplätscher eines Rinnsals glich.

Gleich zu Anfang der Sitzung setzte eine lebhafte Debatte darüber ein, wann denn eigentlich das für die Volksgesundheit so wichtige Hallenschwimmbadprojekt zur Ausführung gelangen werde. Der Senat der Universität hatte sich nämlich in einer Petition an die Versammlung gewandt und um Beschleunigung des Baues ersucht. Eine von unseren Genossen gegebene Anregung, über die Frage sofort endgültig zu beschließen, wurde von dem hilflosen Vorsitzenden Föhring dahin beantwortet, daß man ja am Schlusse der Sitzung sich schlüssig werden könne, wann darüber zu beraten sei. Daß diese Machination eine Verschleppung des Baues auf längere Zeit bedeutet, ist ohne weiteres feststehend, man muß nur bewundern die Energie, mit der die Feinde des Fortschritts sich gegen denselben stemmen.

Die Einführung des neugewählten Stadtrats Köcher gab unserem „Ober" Veranlassung, wieder eine seiner bekannten schönen Reden zu schwingen. Er hatte überhaupt gestern seinen sogenannten guten Tag. Genau so — oder in ähnlichem Sinne — wie er im Herrenhause bei der Besprechung der Breslauer Handabhackeraffäre sich scharf gegen die Polizei ausließ, tat er es auch gestern im Saale der Stadtverordneten. Allerdings ungewollt. Wenn Worte Sinn haben, so bezeichnete Oberbürgermeister Rive unsere Polizei als unsozial. Eine längst bekannte Tatsache, die nur dadurch doppelt interessant wird, daß aus solchem Munde mal ein durchaus zutreffendes Urteil über unser ganzes Polizeisystem gesprochen wurde. Ueber das Material, aus dem die Hallesche Polizei besteht, ist in letzter Zeit besonders viel an die Oeffentlichkeit gedrungen, und auch die geschlossene Sitzung entnahm aus den Akten über die zwangsweise Pensionierung des Polizisten Engelmann, daß er unter anderem dem Publikum gegenüber sich rüpelhaft und roh betragen habe. Wenn dann ferner noch auf weitere Belästigungen von Personen durch Polizisten hingewiesen wurde, wenn gesagt wurde, daß ein Polizist die doppelte Probedienstzeit ableisten mußte, um sich die elementarsten Kenntnisse zur Polizistenlaufbahn anzueignen, so ist das oberbürgermeisterliche Urteil über die Hallesche Polizei bei diesen die nackten Tatsachen bestätigt. Das Auftreten gewöhnlicher und höherer Polizisten dem Publikum gegenüber hat zur Evidenz bewiesen, daß die Polizei nicht nur unsozial, sondern sogar gemeingefährlich ist. Sogar die polizeifromme Saalzeitung muß in ihrer gestrigen Abendausgabe zugestehen, daß die Polizei vom Publikum „als eine nicht immer ganz angenehme Begleiterscheinung des öffentlichen Lebens" betrachtet wird, daß eine Mißstimmung gegen sie hervorgerufen worden ist und daß der Schutzmann sich in kolossaler Ueberhebung dem gewöhnlichen Publikum gegenüber gefällt. Wir werden uns das Zugeständnis des Oberbürgermeisters über den unsozialen Charakter unserer Polizei merken.

Die Beratung des Magistratsantrages über die Anstellung eines Wohnungsinspektors und die Schaffung einer Wohnungskommission gab unseren Genossen Gelegenheit, die Unzulänglichkeit der zu treffenden Maßnahmen zu kritisieren. Mit Recht wurde ausgeführt, daß man die Einkommensverhältnisse der Arbeiter gehörig aufbessern möge, dann brauche man keine solchen Paliativmittel anzuwenden. Beachtenswert waren die Ausführungen des Stadtv. Schmidt-Rimpler, der das System der „guten Stuben", das bei kleinen Leuten üblich sei, treffend kritisierte. Ein bei dem vielredenden Professor von Blume sonst nicht alltäglich vorkommender Ausspruch verdient hier in seinem Wortlaut wiedergegeben zu werden, nämlich der, daß die Stadtverordnetenversammlung sich in der Bekämpfung von sozialen Mißständen doch auch mal ein klein wenig Mut zulegen möge. Stimmt! Nur schade, daß man solche Worte im Stadtverordnetensaale so selten hört. Daß die Hausagrarier Hertel, Knabe und Kompagnie mit den kläglichten Argumenten den kleinen Schritt nach vorwärts in der Bekämpfung des Wohnungselends bekämpften, versteht sich am Rande. Was schiert diese Herren die Gesundheit des Volkes, wenn ihre Geldbeuteleinteressen nur unangetastet bleiben. Eine Schmälerung ihrer fetten Renten befürchten die Herren mit Unrecht, denn der Verlauf der Debatte hat ja gezeigt, daß Gewaltmaßregeln gegen unbotmäßige Hauswirte gar nicht angewandt werden sollen. Nur „Belehrungen und Anweisungen" sollen erteilt werden, folgend dem treffenden Satz: „Wasch mir den Pelz und mach ihn nicht naß!" Wenn Herr Hertel die Wohnungsnot als nicht groß genug bezeichnete, so mag er nur einmal einen Blick tun in einige Häuser der Feldstraße — vielleicht Nr. 5 — und er wird zugeben müssen, daß hier keine Wohnungsnot mehr vorliegt, sondern ein Wohnungselend. Nach längerer Debatte, die durch einige unfreiwillige Witze des Spaßmachers Höfschele angenehm unterbrochen wurde, gelangte die Vorlage mit den Abänderungen des Finanzausschusses zur Annahme. Halle in Preußen voran, jubeln die Patrioten, denn Halle hat nunmehr den ersten weiblichen Wohnungsinspektor in Preußen.

Eine gange Reihe kleinerer Vorlagen wurde nach den Berichten der Referenten erledigt. Zum Schlusse der Sitzung gab's noch eine kleine Sensation. Der Petitionsausschuß hat nämlich einstimmig beschlossen, ein Gesuch des Turnvereins Fichte um Ueberlassung von Turnhallen dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen. Ohne Diskussion stimmte das Plenum dem Beschlusse zu. Der Magistrat schwieg, denn er hat dem petitionierenden Verein bereits vergangene Woche die kurz und bündige Antwort zuteil werden lassen, daß der Magistrat die Turnhallen nicht hergebe. Und die Versammlung läßt sich vom Magistrat düpieren. Sie hat für Berücksichtigung gestimmt, jedenfalls weil sie bereits wußte, daß der Magistrat den Beschluß doch ignoriert. Es ist wahr: Ein klein wenig Mut sollten die Herren sich doch mal zulegen!

### Die beleidigte Reichsverbandsgröße.

Im Privatklageverfahren wurde der Redakteur Genosse Kasparek wegen Beleidigung des Generalsekretärs des Reichsverbandes, Michaelis, zu sechshundert Mark Geldstrafe verurteilt. Diese horrende Geldstrafe schien dem Gericht (unter Vorsitz des Assessors Wellemann) nötig, um die durch drei Artikel angeblich so schwer geschundene Ehre des Reichsliebertverbändlers wieder zu reparieren. Auf die interessante Verhandlung kommen wir noch morgen zurück.

### Ein beachtenswertes Urteil über Konsumvereine.

Sehr vernünftige Gedanken über die Konsumvereine entwickelte auf dem in voriger Woche in München stattgehabten Genossenschaftstage der Rechtsrat Dr. Merkt, die um so größere Beachtung verdienen, als sie von dem offiziellen Vertreter der Stadt München gesprochen worden sind. In seiner Begrüßungsansprache führte er aus, daß der Münchener Konsumverein, der dem Hamburger Zentralverbande angehöre, mit seinem jährlichen Umsatze von 6 Millionen Mark einen beachtenswerten Faktor im wirtschaftlichen Leben der Stadt bilde. Es sind nun 66 Jahre — so sagte Dr. Merkt —, seitdem in England der erste Konsumverein gegründet wurde, seitdem 28 arme arbeitslose hungrige Weber beschlossen, den Kampf ums Dasein auf der Grundlage der Selbsthilfe aufzunehmen und jene berühmte Genossenschaft „der redlichen Pioniere von Rochdele" gründeten. Gewaltig und staunenerregend ist die Entwicklung, die der Genossenschaftsgedanke seit dieser Zeit in der ganzen Welt genommen hat. Namen wie die von Lassalle und Schulze-Delitzsch, ohne die wir uns eine deutsche Wirtschaftspolitik nicht denken können, knüpfen sich bei uns an diese Entwicklung. Das Deutsche Reich zählt heute etwa 28 000 Genossenschaften mit weit über 4 Millionen Mitgliedern. Einschließlich der Familienangehörigen ist fast der dritte Teil des deutschen Volkes genossenschaftlich, der zehnte Teil in Konsumvereinen organisiert! Der Erfolg der Genossenschaften liegt darin, daß der Gedanke, der dieser Genossenschaftsbewegung zugrunde liegt: „Einigkeit macht stark", ein gesunder, nicht zu bezwingender ist. (Beifall.)

So erklärt es sich denn auch, daß der Widerstand, mit dem die Konsumgenossenschaften zu kämpfen haben, mehr und mehr schwindet. Der Gesetzgeber und die Behörden, die die Konsumvereine früher als eine wirtschaftliche Mißgeburt betrachteten, fördern die Konsumvereine zwar noch nicht allzu sehr, aber sie erkennen ihre Daseinsberechtigung an.

Und auch der Hauptgegner des Konsumvereins, der Mittelstand, sieht mehr und mehr ein, daß der Konsumverein nicht der gefährliche Gegner ist, für den er gehalten wurde, daß der Konsumverein in der heutigen Zeit der Organisation des Kapitals und der Produktion in Kartellen, Ringen und Trusts vielfach notwendig ist als Gegengewicht, als Organisation der Konsumenten. (Lebhafte Zustimmung.) Die bedrängte Lage, in der sich der Mittelstand, besonders das Kleingewerbe, tatsächlich befindet, ist keine Sache für sich — wie Gustav Schmoller mit Recht sagte —, sondern eine Folge der allgemeinen Aenderungen unserer gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse. Man soll deswegen die Konsumvereine nicht für Dinge verantwortlich machen, für die sie nichts können. (Sehr richtig!) Man soll bedenken, daß härter noch wie durch die Konsumvereine der Mittelstand durch das Großkapital und seine Organisationen bedrängt wird. (Sehr gut!) In diesem Kampfe gegen das Großkapital sind die Konsumvereine nicht Gegner, sondern die natürlichen Bundesgenossen des Mittelstandes. Ich begrüße — so schloß der Redner — Ihre Tagung in dem Sinne, daß Ihre Bestrebungen, die wirtschaftliche Lage der Minder- und Unbemittelten zu heben und das Wohlergehen der breiten Massen des Volkes zu fördern, sich erschöpfe in diesem Ziele. Möge der gesunde Gedanke, der Ihrer Bewegung zugrunde liegt, auch durch diese Tagung hinausgetragen werden in immer weitere Kreise unseres Volkes, möge sie einen Fortschritt bedeuten auf dem Wege genossenschaftlicher Selbsthilfe und für unser Wirtschaftsleben im ganzen. Gerade einer der jüngsten Zweige Ihrer Tätigkeit, Linderung der Wohnungsnot, macht Sie zum Verbündeten aller fortschrittlich gesinnten Stadtverwaltungen, die demselben Ziel entgegenstreben.

---

* **Die Halleschen Dienstmädchen** werden zu einer Versammlung eingeladen, die morgen, Mittwoch, den 22. Juni, abends ½9 Uhr, im **Konzerthaus, Karlstraße 14, stattfindet.** In derselben wird ein Vortrag gehalten werden über **Warum müssen sich die Dienstmädchen zu einem Verein zusammenschließen?**

Die Verhältnisse der dienenden Personen sind bekanntlich außerordentlich ungünstig. Der Lohn, den die Dienstmädchen erhalten, ist in den meisten Fällen derart, daß er zu der Arbeitsleistung, die in der Regel während einer überaus langen Arbeitszeit zu verrichten ist, in gar keinem Verhältnis steht. In sehr vielen Fällen läßt auch die Behandlung der „Dienstboen" durch die „Herrschaft" sehr viel zu wünschen übrig, weil nur zu häufig die Dienende nicht als die Arbeiterin betrachtet wird, die ihre Arbeitskraft gegen einen angemessenen Lohn verkaufen will, sondern als die Sklavin des Hauses, die nicht selten wehrlos den Launen der „Gnädigen" ausgesetzt ist und sich in jeder Beziehung unterzuordnen hat.

Gegenüber solchen unerfreulichen Zuständen stehen die Dienstboten nahezu rechtlos da. Vor allem ist es für sie außerordentlich schwer, selbst von den geringen Rechten, die gesetzlich geschaffen sind, in jedem Falle Gebrauch zu machen. Aber in den meisten und wichtigsten Fällen sieht das Gesetz nicht einmal Rechte, dagegen um so mehr Pflichten für die Dienstboten vor. Abschaffung der Gesindeordnung muß daher eine der ersten Forderungen aller Dienenden sein.

Neben den unerfreulichen Erscheinungen, die sich aus dem Dienstverhältnis selbst ergeben, haben die Dienenden nur zu häufig unter den Mißständen der privaten Stellenvermittlung zu leiden. Das ist ein Grund mehr, um energisch zur Selbsthilfe zu greifen.

Nach allen diesen Richtungen wird die Lage der Dienstmädchen nur dann gebessert werden können, wenn sie, wie das bisher schon mit Erfolg die Handwerker und Arbeiterinnen anderer Berufe getan haben, sich in einer Vereinigung zusammenfinden, in der sie sich über die schlimmsten Uebelstände aussprechen und über geeignete Wege zur Beseitigung dieser Uebelstände beraten können. Eine solche Vereinigung ist bereits geschaffen; sie hat sich während ihres zweijährigen Bestehens nicht nur lebensfähig erwiesen, sondern ist in manchen Fällen auch zum Nutzen der Mitglieder tätig gewesen. Nachdem aber nunmehr die Organisation ihren rein lokalen Charakter abgestreift und sich als Glied einer großen zentralen Organisation, nämlich dem Zentralverbande der Hausangestellten angeschlossen hat, darf mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß um so nachdrücklicher zugunsten der Dienstboten gewirkt werden kann. Um so mehr muß aber nun auch dahin gestrebt werden, die Organisation durch Zuführung immer neuer Mitglieder auszubauen und sie zu einem festen Bollwerk zu machen zum Schutze aller weiblichen Hausangestellten.

Diesem letzteren Zwecke soll insbesondere die Versammlung dienen, die für morgen, Mittwoch, abend nach dem Konzerthaus einberufen worden ist. Massenhaft müssen die Halleschen Dienstmädchen in diese Versammlung gehen, um schon durch ihre Teilnahme zu bekunden, daß sie bestrebt sind, auf eine Besserung ihrer Verhältnisse hinzuarbeiten. Ganz besonders aber sollten diejenigen Arbeiter, deren Töchter, Schwestern oder Bräute dem Dienstbotenstande angehören, darauf bedacht sein, daß die letzteren, wenn es nur irgend möglich ist, die Versammlung besuchen und sich der Organisation anschließen. Von denjenigen Vätern, die selbst politisch und gewerkschaftlich organisiert sind, sollte man eigentlich als selbstverständlich voraussetzen, daß sie auch ihre dienenden Töchter dahin aufklären, daß gerade für die Dienstboten eine starke Organisation eine Notwendigkeit ist, denn hier gilt es Uebelstände zu beseitigen, wie sie schlimmer in andern Berufsgruppen nicht anzutreffen sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219100622-15/fragment/page=0005

* **Das Garten-Konzert**, das morgen, Mittwoch abend, im herrlichen Garten des Volksparks stattfindet, sei hierdurch nochmals empfehlend erwähnt. Kapellmeister Hugo Engelmann hat für den Abend die Walzermelodie gewählt, ein Entschluß, der jedenfalls allseitig anerkannt werden wird. Zu diesem interessanten Konzertabend erwartet die Volksparkverwaltung einen allseitigen Besuch.

* **Von der Fleischpreis-Notierungskommission** am hiesigen städtischen Schlacht- und Viehhofe wurden am Montag, den 20. Juni 1910, folgende Fleischpreise festgestellt: Es wurden bezahlt für 50 kg Fleischgewicht für Ochsen: Höchster Preis 63, niedrigster Preis 56, häufigster Preis 61 Mk.; für Bullen: Höchster Preis 62, niedrigster Preis 58, häufigster Preis 60 Mk.; für Kühe: Höchster Preis 60, niedrigster Preis 48 Mk.; für Sauglkälber: Höchster Preis 70, niedrigster Preis 63, häufigster Preis 68 Mk.; für Lämmer und Masthammel: Höchster Preis 74 Mk.; für Schafe: Höchster Preis 69, niedrigster Preis 64, häufigster Preis 66 Mk.; für Schweine: Höchster Preis 68, niedrigster Preis 62, häufigster Preis 64 Mk. Bei den Schweinen versteht sich der Preis auf 50 kg Schlachtgewicht. (Gewogen und bezahlt werden nur die beiden Körperhälften, einschließlich des Schmeeres unter unentgeltlicher Zugabe des sogenannten Krames: Geschlinge, Magen, Darm, Mittel und Blut.)

* **Zoologischer Garten.** Für das Verständnis der von der Marquardschen Afrikaner-Truppe gebotenen Vorführungen ist es nötig, sich über die Art der religiösen Sitten der Moslims des Westens zu verständigen, da das meiste mit der religiösen Auffassung aufs innigste zusammenhängt. In erster Linie kommt dabei die starke Entwickelung von Sekten oder Brüderschaften in Betracht. Ein besonders frommer Mann sammelt Jünger um sich und nach seinem Tode bleiben diese zusammen, betrachten ihren verstorbenen Lehrer als Schutzheiligen, gewinnen neue Anhänger und bilden nun sehr eigentümliche Sitten und Gebräuche als Sonderreligion aus. So gehört der Schlangenbeschwörer und Zauberer Habschi Mohammed der großen Sekte der Aissaua an, über die ein französischer Gelehrter, Edmond Doutté, eine ausführliche Abhandlung veröffentlicht hat. Der Gründer dieser Sekte, Sidi ben Aissa, lebte im Anfang des 16. Jahrhunderts und bildete an sich die Eigentümlichkeit heraus, Gift unbeschadet seiner Gesundheit genießen zu können. Diese Eigenschaft soll er seinen Anhängern in der mannigfaltigsten Modifikation vererbt haben. So kann es uns nicht wundern, wenn wir unter diesen Schlangenbeschwörern Feuerfresser und ähnliche Künstler finden. Doutté hat eine Prozession der Aissaua an Anfang bis zu Ende verfolgt und schildert die sonderbaren Leistungen der Teilnehmer aufs drastischste. Der ganze Weg wird auf steinigtem Untergrund barfuß und rückwärts zurückgelegt, und an Ort und Stelle zeigen einzelne, wie weit sie es in der Verehrung ihres Heiligen gebracht haben, indem sie stundenlang dieselbe Tanzbewegung machen, die natürlich zuletzt in einem völlig hypnotischen Zustande ausgeführt wird. Daß übrigens der Heilige seine Jünger nicht immer schützt, zeigt uns die Hand des Schlangenbeschwörers, an der bereits zwei Finger fehlen, die dem giftigen Schlangenbiß zum Opfer gefallen sind, obwohl er bei den aufregenden Arbeiten mit den Brillenschlangen den „Aissa" fortwährend anruft. Derartiges beunruhigt die Leute aber nicht, da sie sich dieses einfach dadurch erklären, daß sie nicht genügend fromm gewesen sind. — Heute, ebenso morgen, Mittwoch, finden die Vorstellungen um 4½ und 7 Uhr statt. Das Leben und Treiben im Dorfe ist natürlich den ganzen Tag über zu beobachten.

* **Die Knabenleiche**, die am Donnerstag am Rechen der Kröllwitzer Aktien-Papierfabrik aus der Saale gezogen worden ist, wurde als die des am 13. d. M. in Weißenfels in der Saale ertrunkenen Schulknaben Arno Wagner von den Eltern rekognosziert.

**Rothenburg a. S.**, 21. Juni. Angeschwemmt ist am Sonnabend früh bei der hiesigen Ziegelei eine männliche Leiche im Alter von zirka 25 bis 26 Jahren. Selbige war bekleidet mit einem Rockanzug, braunen Strümpfen, Stiefeletten. Bei dem Toten befanden sich: Eine Zeitung von 11. Juni, ein Fahrschein der Halleschen Straßenbahn zum Saalschlößchen und ein durchgehackter Pfennig. Außerdem hatte er einen Wahrsagerbrief bei sich, worin vorausgesagt wurde, daß sein Leben durch Selbstmord enden würde.

## Stadtverordneten-Sitzung.

Montag, den 20. Juni, nachm. 4 Uhr.

Vorsitzender: Föhring.

Der Senat der Universität petitioniert um die Erbauung eines Hallenschwimmbades. Im Anschluß daran entspinnt sich eine längere Debatte über die Hallenschwimmbadfrage. Mehrere Redner wünschen eine beschleunigte Erledigung des Projektes, während Stadtv. Thiele den Antrag stellt, über die Erbauung des Hallenschwimmbades heute schon zu beschließen. Vom Vorsitzenden wird schließlich bekanntgegeben, daß man am Schlusse der Sitzung sich ja schlüssig werden könne, wann die Magistratsvorlage über das Bad zur Verhandlung kommen könne.

Die Einführung des bisherigen Magistratsassessors Köcher als neugewähltes besoldetes Mitglied des Magistrats geschieht durch Oberbürgermeister Rive, der sich die Gelegenheit zu einer Rede nicht entgehen ließ. — Stadtrat Köcher dankte für das bewiesene Vertrauen, das die Versammlung durch die Wahl ihm entgegengebracht habe. Er werde stets die allgemeine Entwicklung der Stadt im Auge behalten und sich bemühen, stets ein guter Schwimmer zu sein.

Zwei Petitionen werden den zuständigen Ausschüssen überwiesen und sodann in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

**Die Uebernahme der Obligationsschuld der Halleschen Straßenbahn**, die am 1. Januar 1911 bei Uebernahme der Bahn durch die Stadt noch 879 000 Mk. beträgt, soll zu den gleichen Bedingungen, wie sie die Straßenbahngesellschaft aufgenommen hat, übernommen werden. Den Obligationsinhabern sollen dafür Stadtschuldverpflichtungen übergeben werden. Nach einem Referat des Stadtv. Knabe stimmt die Versammlung der Magistratsvorlage ohne Debatte zu.

**Erhöhung der Kassenverlust-Entschädigung für den Hauptkassierer der Sparkasse.** Dem jetzigen Hauptkassierer Lüders wird die 120 Mk. betragende Entschädigung auf 150 Mk. erhöht.

**Die Aenderung der Höhenlage** für die Saalschloßstraße und den Wasserweg wird ebenfalls ohne Debatte beschlossen.

Dasselbe geschieht mit Fluchtlinienänderungen für die Grundstücke Kleinschmieden 2 und 3, und die Abänderung der Fluchtlinie für die Zeppelinstraße.

Zur **Einrichtung eines Schutt-, Asche- und Müllabladeplatzes** wird die Mietung einer der Kirchengemeinde Trotha und Seeben gehörige Tongrube beschlossen. — Stadtv. v. Blume regt an, die jetzt gebräuchliche Müllabfuhr in der Stadt einer Aenderung zu unterziehen. Die jetzigen Zustände bei der Müllabfuhr seien geradezu skandalöse. Man müsse nur einmal in eine solche Staubwolke mit den ekelerregenden Gerüchen hineingeraten sein, um sich davon zu überzeugen, daß Abhilfe dringend notwendig sei. — Oberbürgermeister Rive meinte, daß die Gesundheitskommission sich mit der Müllabfuhrfrage beschäftigt habe, jedoch zu dem Entschluß gekommen sei, daß eine Aenderung vorläufig nicht vorzunehmen sei. Die Polizei sei angewiesen worden, die Müllgruben auf ihren vorschriftsmäßigen Zustand zu prüfen. Eine Vorlage wegen Neuregelung der Müllabfuhr sei in nächster Zeit nicht zu erwarten.

Die Versammlung nimmt sodann Kenntnis von dem Beschluß des Magistrats, die Außenfronten des Rathauses instand zu setzen. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 3600 Mk. werden bewilligt.

**Errichtung einer Direktorenstelle und zweier Oberlehrerstellen am Reformgymnasium.** — Stadtv. Dr. Herzau empfiehlt namens des Etatsausschusses die Anstellung dreier Oberlehrer, von welchen einer mit der probeweisen Verwaltung der Direktorenstelle betraut werden solle, und zwar vom Jahre 1912 ab. Eine längere Debatte entsteht darüber, ob drei Oberlehrer oder ein Direktor und zwei Oberlehrer angestellt werden sollen. Es beteiligen sich an der Besprechung die Stadtv. Kobe, Stadtschulrat Brendel, Höschele, Bangert, Thiele und Herzau. Der Magistratsantrag wurde abgelehnt.

**Die Errichtung einer neuen Oberlehrerstelle an der Oberrealschule** ab Ostern 1911, mit einem Anfangsgehalt von 3580 Mk., wird ohne Debatte beschlossen.

**Anstellung eines Wohnungsinspektors und Errichtung einer Wohnungskommission.** Der Magistrat fordert, daß sofort a) ein Wohnungsinspektor mit einem Jahresgehalt von 2700 Mark, steigend alle drei Jahre um 250 Mk. bis auf 4200 Mk. als Gemeindebeamter angestellt und der für das laufende Verwaltungsjahr erforderliche Gehaltsbetrag dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds entnommen wird, b) eine Wohnungskommission bestehend aus zwei Magistratsmitgliedern, dem Stadtarzt, dem Kreisarzt, den Bauinspektoren der städtischen Baupolizeiverwaltung und sieben Bürgern, von denen mindestens vier Stadtverordnete, zwei Bausachverständige und vier Hausbesitzer sein müssen, errichtet wird.

Als Berichterstatter des Bauausschusses erklärt Stadtv. Giese, daß der Bauausschuß sich für Ablehnung der Vorlage erklärt habe. — Stadtv. v. Blume gibt den Bericht des Finanzausschusses, der einen ganz anderen Standpunkt zu der Frage eingenommen habe. Es sei gar kein Zweifel, daß in Halle die kleinen Wohnungen nicht so beschaffen seien, wie sie es eigentlich sein sollten. Wer Gelegenheit habe, einmal die kleinen Wohnungen zu betreten, der wird nicht gerade erfreut sein über das Gesehene. Und wenn wir erst einmal eine durchgreifende Feststellung der Wohnungsverhältnisse vornehmen werden, stehen uns noch trübe Erfahrungen bevor. Zwei Fragen kommen hier in Betracht: einmal der Mangel an kleinen Wohnungen, zum andern auch die schlechte Beschaffenheit derselben. Gewiß seien nicht immer die Hauswirte an der schlechten Beschaffenheit schuld, oft liege es nur an der mangelnden Einsicht der Mieter. Viele Städte haben bereits Wohnungsinspektionen errichtet und die Berichte derselben lauten ausnahmslos günstig und ermutigend. Nicht durch polizeiliche Maßregeln, sondern im Wege der Unterweisung von Mieter und Vermieter solle hier vorgegangen werden. Schon die Tatsache der Existenz einer Wohnungsinspektion wird erzieherisch wirken. Der Wohnungsinspektor muß ein vielwissender, vor allem aber ein sozialdenkender Mensch sein, der besonders die Frauen in der zweckmäßigen Ausgestaltung der Wohnung belehren kann. Das kann nur eine Frau. Wir haben eine ganze Anzahl qualifizierter Frauen. Der Redner empfiehlt deshalb, dem Beschluß des Finanzausschusses, der die Anstellung einer weiblichen Wohnungsinspektorin mit einem Gehalt von 2400—3600 Mk. bei vierteljähriger Kündigung vorsieht, zuzustimmen. — Stadtv. Greßler betont, daß er erst ein Gegner der Vorlage gewesen sei, nachdem er aber auf dem Städtetage in Zeitz sich die Vorträge über die Wohnungsinspektion angehört habe, sei er zu einem Befürworter derselben geworden. Durch eine Umfrage habe der Magistrat 877 Wohnungen festgestellt, die zu beanstanden wären, und wovon 15 Prozent geräumt werden müßten. Eine große Not an kleinen Wohnungen sei also vorhanden. Was machen wir aber mit den Leuten, die aus den beanstandeten Wohnungen exmittiert würden? — Stadtv. Höschele meint unter allgemeinem Widerspruch, daß man hier zu der Frage nicht so lange Reden halten solle. — Stadtv. Kühne: Es müsse durch die Schaffung der Wohnungskommission und den Inspektor das Rad ins Rollen gebracht werden, damit auf dem Gebiete der Wohnungspflege etwas geschehe. Wenn der Bauausschuß zu der Ablehnung der Vorlage gekommen sei, so könne das nur aus Furcht darüber geschehen sein, daß ein Beamter zu dem Hausbesitzer kommen und anordnen würde, daß dies und jenes gemacht werden müsse. Dann wird mancher Hausbesitzer dazu kommen, schon aus freien Stücken die Wohnungen zu verbessern. Wenn die Mieter ihre Schuldigkeit tun müssen durch pünktliches Steuer- und Mietezahlen, so mögen dies auch die Hausbesitzer tun. — Stadtv. Borges begrüßt mit Freuden die Magistratsvorlage, die ein gutes Stück nach vorwärts zur Schaffung einer gesunden Wohnungsreform bedeute. Es stehe fest, daß wir noch nicht einmal 3 Prozent leerstehender Wohnungen zählen, es sei die Stellung des Bauausschusses, daß für die Anstellung eines Wohnungsinspektors kein Bedürfnis vorhanden sei, nicht zutreffend. Es wäre angebracht, wenn in Verbindung mit der Vorlage gleich ein Wohnungsnachweis geschaffen würde, vielleicht später auch ein Wohnungsamt. — Stadtv. Osterburg: Die ganze Vorlage zeigt wieder zur Genüge, daß man hier arbeiten will nach dem bekannten Sprichwort: Wasch mir den Pelz und mach ihn nicht naß. Belehrungen und Unterweisungen werden wenig helfen. Auf dem Städtetage in Zeitz hat man schöne Reden gehalten, die aber ebensowenig helfen werden wie die Vorträge der Vereine zur Bekämpfung der Schwindsucht. Woran liegt es denn, daß die Wohnungsverhältnisse so schlechte sind? An den miserablen Erwerbsverhältnissen der Arbeiter. Ueber 25 Prozent seines mitunter kaum tausend Mark betragenden Einkommens muß der in der Stadt lebende Arbeiter für die Wohnung ausgeben. Soeben hat man einer alleinstehenden Lehrerin 880 Mk. Wohnungsgeld zugesprochen, eine fünf- bis siebenköpfige Arbeiterfamilie aber muß in enger dumpfer Wohnung leben. Die Wohnungsnot wäre zu Ende, wenn auch sie sich eine Fünfzimmerwohnung leisten könnte. Man stimme unseren Vorschlägen zu und zahle erst einmal höhere Löhne, dann werden die Arbeiter auch besser wohnen können. — Stadtv. Emmer kritisiert die Behandlung der Magistratsvorlage im Bauausschuß. Ein ganzes Jahr habe sie dort gelegen. Jetzt vor kurzem sei man zusammengetreten und sei sich schlüssig geworden, die Vorlage einfach abzulehnen. Eine Beratung habe also gar nicht stattgefunden. Unsere Bau-Polizeiverordnung sei leider so, daß der Bau kleiner Wohnungen teilweise nicht rentiere. Durch Erlaß der Kanal- und Straßenbaukosten müsse der Bau von Kleinwohnungen erleichtert werden. Wenn es der Kommission gelingen sollte, eine Konkurrenz in kleinen Wohnungen zu schaffen, dann würden wir ein Stück vorwärts kommen auf dem Gebiete der Wohnungspflege. Jetzt sei es so, daß die alten Häuser mit kleinen Wohnungen immer mehr verschwinden, die Arbeiter müßten hinaus aufs Land ziehen oder in elenden Löchern hausen. Die Hausbesitzer müßten von den Hausbesitzervereinen angehalten werden, die Wohnungen instand zu halten, und nicht wie es jetzt üblich sei, daß rein gar nichts getan wird. Die Hausbesitzer wissen aber, daß sie ihre Wohnungen doch los werden. Der Redner empfiehlt die Annahme der Magistratsvorlage, ist aber auch mit der Anstellung einer Frau einverstanden. — Oberbürgermeister Rive tritt in längerer Rede für die Vorlage des Magistrats ein, erkennt aber an, daß der Anstellung einer Frau der Vorzug zu geben sei. Halle würde in dieser Frage vorbildlich sein, da in Preußen noch kein weiblicher Wohnungsinspektor vorhanden ist. Der Einwand, daß nach der Anstellung des Wohnungsinspektors die Exmissionen sich mehren würden, müsse beachtet werden, aber schon jetzt habe die Baupolizei viel mehr Wohnungen beanstandet. Daran würde nichts geändert. Mehrere Dutzend Städte haben einen Wohnungsinspektor angestellt und sich ausnahmslos äußerst günstig über dessen Tätigkeit ausgesprochen. An zwei Beispielen aus Erfurt und Breslau weist der Redner dies nach. Das hiesige Gesundheitsamt habe sich gleichfalls für die geplante Einrichtung ausgesprochen, mit der endlich wieder ein sozialer Fortschritt in Halle zu verzeichnen wäre. — Stadtv. Höschele meint, daß die Vorlage viel bestechendes für sich habe. Was solle aber mit denjenigen Leuten werden, die exmittiert würden, solle etwa die Stadt denen Wohnungen schaffen? — Stadtv. Schmidt-Kimpler: Wir sind uns alle klar, daß wir durch die Schaffung der Wohnungsinspektion der Wohnungsnot nicht steuern werden, am besten wäre es, ein jeder bekäme ein Gehalt von 3500 Mk. Ob auch dann das Ideal einer gesunden Wohnung zu finden wäre, ist noch fraglich, denn die kleinen Leute schlafen vielfach sehr schlecht, haben dafür aber eine sogenannte gute Stube, die gar nicht benutzt wird. Man möge versuchsweise den Inspektor auf drei Jahre anstellen. — Stadtv. Hertel meint, daß die Wohnungsnot noch lange nicht so groß sei. Die Polizei beanstande ja jetzt schon viele Wohnungen. Die Vorlage sei Hals über Kopf gekommen. — Oberbürgermeister Rive entgegnet dem Redner, daß es nicht zutreffend sei, daß die Vorlage gewissermaßen übers Knie gebrochen worden, denn sie sei mit dem heutigen Tage genau ein Jahr alt und habe lange Zeit beim Bauaus-

Neue Krawatten

in türkischen Mustern.

Grosses Farbensortiment in Selbstbindern, Regattes und Schleifen. : : : : : : :

Herren-Wasch-Westen

Neue Muster, uni u. gestreift, moderne Formen.

Westengürtel. Sportgürtel.

Bunte Oberhemden

in Percal, Zephir, Waschseide und Roheide

Touristenhemden

Weisse Tennishemden

Trikothemden

mit weissem und farbigem Einsatz

Sporthemden

für Herren und Knaben

Weiche Sportkragen.

Halle a. S., am Markt.

S. Weiss,

Halle a. S., am Markt.


Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191006 22-15/fragment/page=0006

schuß gelegen. **Wir wollen durch die Vorlage die Polizei herausholen aus den Wohnungen, während Herr Hertel dieselbe hinein haben will. Das ist ja eben das antisoziale der Maßnahmen.** — Stadtv. Sommer: Wenn man die Uebersicht des Stadtarztes liest, so muß man zu der Ansicht kommen, daß nicht nur einzelne Häuser, sondern ganze Straßenzüge wahre Krankheitsherde seien. — Stadtv. Giese betont in seinem Schlußwort, daß die soziale Not auch durch den Wohnungsinspektor nicht beseitigt werden würde und ersucht nochmals um Ablehnung der Vorlage. — Stadtv. Blume: **Ein klein wenig Mut in der Bekämpfung von sozialen Mißständen sollten wir uns doch auch mal zulegen.**

Oberbürgermeister Rive zog dann den Magistratsantrag zugunsten des Antrages des Finanzausschusses zurück, der hierauf zur Annahme gelangte.

**Zur Verlegung von Gas- und Wasserröhren** in mehreren Straßen wurden die erforderlichen Mittel bewilligt.

**Gesuch des Turnvereins Fichte um Ueberlassung von Turnhallen zu Uebungszwecken.** — Stadtv. Thiele betont, daß der Petitionsausschuß einstimmig beschlossen habe, die Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung zu empfehlen. Die Versammlung schließt sich dem an.

Schluß der öffentlichen Sitzung 8 Uhr.

*

**In der geschlossenen Sitzung** beschloß die Versammlung die zwangsweise Pensionierung des Polizeisergeanten Otto Engelmann. Derselbe ist 47 Jahre alt, wurde während seiner Polizistenlaufbahn achtmal bestraft und war 41 Mal krank. Er erhält eine Pension von 1095 Mk. In den zur Verlesung kommenden Akten heißt es u. a.: „Dem **Publikum gegenüber hat er sich rüpelhaft und roh betragen.**" Bei dieser Gelegenheit wurde gleichzeitig auf eine vor kurzem sich zugetragene Polizistenausschreitung hingewiesen, demzufolge ein Polizist nachts um 2 Uhr einem jungen Manne die Brillengläser ohne jeden Anlaß zerschlagen habe. Die Sache soll untersucht werden. Auf ihren Antrag werden ferner pensioniert der Vorschullehrer Ludwig Rudolph mit einem Jahresruhegehalt von 3522 Mk., ferner der Oberlehrer Prof. Dr. Wunder mit einem jährlichen Ruhegehalt von 5667 Mk. Als Polizeibeamte werden angestellt die Probisten Gustav Gottlieb und Albin Föhre. Gottlieb trägt die Nr. 68 und wohnt Burgstraße 25; derselbe mußte doppelte Probedienstzeit leisten, da die erste Zensur ungenügend ausgefallen war. Föhre trägt die Nr. 188 und wohnt Merseburgerstraße 110.

## Aus den Nachbarkreisen.

**Naumburg,** 20. Juni. Schwurgericht. Der Arbeiter Otto Jüngling hat trotz seiner 26 Jahre schon mehrere Jahre Gefängnis verbüßt. Er stand unter Anklage wegen versuchter Notzucht und Körperverletzung. Die Tat hatte er an einem auf dem Felde allein arbeitenden Dienstmädchen verübt. Als das Mädchen das, was ihr geschehen, der Herrschaft und andern Leuten erzählt hatte, überfiel der Rohling am andern Tage das Mädchen wieder auf dem Felde und mißhandelte es auf das schwerste. Er wird zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt

**Wittenberg,** 20. Juni. Die Verantwortlichkeit des Geschäftsführers für Handlungen seiner Angestellten. Die Strafkammer in Wittenberg hat am 19. März den Kaufmann L. wegen unlauteren Wettbewerbs zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Sein Dekorateur hatte in seinem Auftrage das Schaufenster neu dekoriert und acht Stücke als Nerz- und Skunksstolas mit 17—19 Mark ausgezeichnet. Echte Pelze dieser Art kosten 40—50 Mark. Weil nun Unkundige leicht in den Glauben versetzt werden konnten, zu so billigem Preise echte Pelzwaren zu erhalten, so nahm das Gericht ein Vergehen gegen das Gesetz als vorliegend an. Der Angeklagte berief sich in seiner Revision darauf, daß er weder seinen Angestellten veranlaßt habe, die täuschende Bezeichnung anzubringen, noch daß er sie sofort gesehen. Das Reichsgericht verwarf die Revision. Festgestellt ist, daß er sie unbedingt hat sehen müssen, da er das Schaufenster in der Folgezeit wiederholt besichtigt hat und die Aufschriften hinreichend groß und deutlich waren. Zur Strafbarkeit ist auch nicht erforderlich, daß er seinen Dekorateur angestiftet oder daß er von dessen Absicht, unrichtige Angaben bekannt zu machen, Kenntnis gehabt hat.

**Piesteritz,** 20. Juni. **Beim Baden in der Elbe ertrank** ein junger Arbeiter, der am hiesigen Sekundärbahnbau beschäftigt war. Er wollte die Elbe durchschwimmen, seine Kraft reichte dazu nicht aus.

**Hohenleipisch,** 21. Juni. Der Sozialdemokratische Verein hält Sonnabend, abends 9 Uhr, seine Monatsversammlung ab. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

**Bockwitz,** 20. Juni. Auf der Millygrube scheinen die Verhältnisse sich mehr und mehr zuzuspitzen. Es werden, angeblich wegen Arbeitsmangel, Leute entlassen, die auf dem Werke 6, 8 und sogar 12 Jahre gearbeitet haben. Von Arbeitsmangel kann keine Rede sein, es kann sich jetzt im Sommer höchstens um Absatzstockungen handeln. Hauptsächlich scheint dort eine Sparwut zu grassieren; man verringert das Personal und halst den übrigen Arbeitern die Arbeit der Entlassenen einfach auf. Hiermit gehen Schikanen der Betriebsleitung Hand in Hand mit Lohnabzügen. Ist doch einzelnen Pumpen- und Maschinenwärtern der Lohn um 3 Pf. pro Stunde gekürzt worden, und zwar nicht allen, sondern man hat verständnisinnig eine Auslese gehalten. Beschwerden werden kurzerhand erledigt mit: „Wem's nicht paßt, der kann gehen". Wie lange noch werden sich die Arbeiter das gefallen lassen? Speziell die Maschinisten und Heizer haben unter diesem System am schwersten zu leiden. Die Pumpenwärter resp. Maschinisten bringen die Pumpen resp. die Maschinen morgens in Gang, und dann können sich diese den ganzen Tag nicht mehr um die Pumpen kümmern, sondern diese Kollegen werden jetzt zu allerhand Nebenarbeiten verwendet, müssen raus auf die Station, Wagen bremsen, Hilfe leisten beim Rangieren usw. Die Maurer erhalten keine Hilfsarbeiter, ebenso die Kupferschmiede nicht, und in der Badeanstalt wird an Leuten gespart, überall, nur nicht beim Direktor. Unter diesen Umständen ist eine Liebedienerei eingetreten, die nicht mehr schön genannt werden kann und das Leben der Kollegen verbittert. Früher wurden den Arbeitern Briketts auf Anordnung der Direktion, der sogenannte Bruch, pro Zentner mit 35 Pf. berechnet, heute müssen sie 48 Pfennig zahlen. Aber man versteht auch Ausnahmen zu machen. Manche Geschäftsleute und sonstige Personen, denen man wohlgesinnt ist, zahlen heute noch nicht mehr wie 40 Pf. für Briketts und für Bruch 35 Pf. Als die Villa des Direktors eingeweiht wurde, sandte bei der Festlichkeit der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Herr Friedländer von Fuld, folgendes Telegramm: „So möge dieses stolze Werk (die Grube) blühen und gedeihen zum Segen der Arbeiter." Den Segen der Arbeiter spüren diese in Form von Lohnabzügen. Die Grubenarbeiter erhalten pro Gedinge 2,50—2,80 Mk. und in seltenen Fällen 3 Mk. Das stolze Werk ist den Arbeitern nicht zum Segen, sondern zum Fluch geworden. Den Beamten und dem Direktor ist ja der Segen reichlich geworden. Diese wissen recht gut aus der Haut des Arbeiters Riemen zu schneiden. Zum Schluß wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß das jetzt beliebte Sparsystem eine große Gefahr in gesundheitlicher Beziehung in sich birgt. Die Oberbergbehörde hat der Grube seinerzeit aufgegeben, die baulichen Einrichtungen so zu treffen, daß der Staub die Anwohner nicht belästigt. Die Schornsteinentstaubungsanlage ist jedenfalls auch aus Sparsamkeitsrücksichten seit längerer Zeit außer Betrieb gesetzt. Der Kohlenstaub liegt jetzt kilometerweit, bis ins Dorf hinein, auf den Straßen und Feldern, und muß von Menschen und Tieren eingeatmet werden, bloß weil es die Betriebsleitung nicht mehr für notwendig hält, die Aschensammelkanäle zu reinigen. Man hat es ja weit bequemer, und die Hauptsache ist, es kostet nichts: man läßt die Asche einfach bei geöffnetem Schieber durch den Schornstein fliegen, der, Wind, „das himmlische Kind", besorgt ja die Abfuhr kostenlos

## Allerlei.

### Das Hochwasser in Bayern.

Die Zerstörungen durch das Hochwasser schreiten in Augsburg von Stunde zu Stunde fort. Auf dem Lechufer bei Hochzoll ist ein weiteres Haus in den Fluten verschwunden. Sechs andere Häuser drohen einzustürzen. Diese Häuser sind bereits geräumt worden. Der Schaden beläuft sich auf über fünf Millionen Mark. Einige große Spinnereien mußten ihre Betriebe einstellen.

### Zur Hochwasserkatastrophe in Serbien.

Wie nachträglich gemeldet wird, haben unter der letzten Hochwasserkatastrophe die reichsten Gegenden Serbiens, nämlich die Gebiete von Pomorawlje, Mlawa und Raessawa besonders gelitten. **Die Stadt Svihajnatz ist gänzlich zugrunde gerichtet.** Auch die Gegend von Branitchewo ist **vollständig vernichtet. Ueber 60 Dörfer sind überschwemmt,** eine große Menge Vieh ist ertrunken. Infolge der Ueberschwemmungen ist vielfach der Verkehr vollständig gehemmt. Vielfach steht das Wasser 1½ bis 2½ Meter hoch, auch sind viele Brücken von den Fluten fortgerissen. Die Goldgrube in Neresnitza hat großen Schaden erlitten. Im ganzen sind **über 100 Personen ertrunken,** davon in der Stadt Tchuprio 34 und in Svilajnatz 42. Täglich werden neue Leichen aufgefunden. Allein durch Vernichtung der Saat ist **ein Schaden von vielen Millionen** entstanden

### Folgenschwerer Hauseinsturz.

**Aus Lemberg wird** gemeldet: **Im hiesigen Judenviertel ist in der verflossenen Nacht** gegen 3 Uhr **ein dreistöckiges Haus eingestürzt,** wobei die Plafonds **aller drei Stockwerke mit in die Tiefe gerissen wurden, unter sich eine Menge Insassen begrabend. Bis jetzt wurden 11 Tote** und ebenso **viele Schwerverletzte** aus den Trümmern gezogen. Man befürchtet aber, daß sich noch eine große Anzahl von Opfern unter den Schuttmassen befinden, da das Haus von vielen kleinen Parteien bewohnt war. An der Unglücksstelle spielten sich herzzerreißende Szenen ab. Ein Vater, der seine ganze Familie verlor, ist **wahnsinnig** geworden und mußte in die Irrenanstalt übergeführt werden.

Die Zahl der Opfer scheint noch viel größer zu sein, als angegeben. So ist z. B. von einer Familie bekannt, daß sie 20 bis 25 Schlafburschen stets beherbergte, von denen **bisher noch keine Spur gefunden** werden konnte.

### Zur Eisenbahnkatastrophe in Frankreich.

Die Untersuchung der Eisenbahnkatastrophe bei Villepreux hat ergeben, daß ein Defekt an der Maschine des Eilzugs die indirekte Ursache der Katastrophe gewesen ist. Der Lokomotivführer war mit der Reparatur seiner Maschine beschäftigt. Infolgedessen konnte er das falsche Signal nicht wahrnehmen. Als er den anderen Zug auf demselben Gleise bereits heranbrausen sah, hatte er gerade noch soviel Zeit, seine Maschine auf Kontredampf zu setzen und abzuspringen.

### Ein Großfeuer

ist am Montag in der Ortschaft Sugdol in Mähren ausgebrochen, das bis zur Stunde noch nicht gelöscht werden konnte. Bisher sind 20 Wohnhäuser und zahlreiche Wirtschaftsgebäude niedergebrannt. Der angerichtete Schaden ist sehr groß. **Mehrere Personen werden vermißt.**

### In den Grund gebohrt.

London, 20. Juni. Gestern abend stießen im irischen Kanal der Dampfer Yews aus Newry mit dem Dampfer La Rochelle aus Bayonne zusammen. Die La Rochelle ging in fünf Minuten unter. Von ihrer Mannschaft von 19 Mann ertranken 10 einschließlich des Kapitäns. Die übrigen retteten sich auf den Yews.

### Die Cholera in Südrußland.

Infolge der tropischen Hitze, die jetzt in Südrußland herrscht, breitet sich die Cholera in bedenklicher Weise aus. Von panischem Schrecken ergriffen, flüchtet die Bevölkerung nach allen Richtungen hin. **In Poltawa sind plötzlich 77 Personen erkrankt und 25 gestorben.** In den am Dniepr gelegenen Ortschaften grassiert die Cholera am stärksten; es macht sich schon ein Mangel an Aerzten und Wärtern bemerkbar. In den galizischen Einbruchsstationen soll demnächst ein strenger Ueberwachungsdienst in Tätigkeit treten. Das Lemberger Stadtpräsidium hat die Instandhaltung der Epidemiebaracken angeordnet.

### Von einem Hoftheater.

Vom Dresdner Landgericht wurde am Montag der bisherige Heizungsinspektor des Dresdner Hoftheaters, Karl Alfred Krumbiegel, wegen Untreue in zwölf und Unterschlagung in zwei Fällen **zu drei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.** Der Angeklagte erlitt bei der Verkündigung des Urteils einen Ohnmachtsanfall. — Krumbiegel und sein Amtsvorgänger Fischer hatten als Verwalter der Platenstiftung, aus welcher das technische Personal des Hoftheaters seine Pensionen bezieht, über 200 000 Mark auf faule Hypotheken ausgeliehen, um dabei Provisionen in großer Höhe zu erlangen. Diese Mißwirtschaft hat 15 Jahre (!) gedauert, ohne daß eine Revision erfolgt wäre. Deshalb betonte auch der Vorsitzende des Gerichtshofes, daß es tief zu beklagen sei, daß sich von den berufenen Personen niemand um die Kontrolle der Stiftung bekümmert hätte, trotzdem diese statutengemäß erforderlich war. Die Kontrolle hatte die Verwaltung des Hoftheaters zu übernehmen. —

Wer wird auch einer — Hoftheaterverwaltung zumuten, daß sie sich um solche Kleinigkeiten, wie Pensionskassen des Personals, bekümmern soll.

### Prediger der christlichen Nächstenliebe!

London, 20. Juni. Eine fast unglaubliche Nachricht wird aus der Stadt Williams im amerikanischen Staate Kentucky gemeldet, wo auf einer Kirchenkanzel ein regelrechtes Duell ausgefochten wurde. Als der Nachfolger des bisherigen Pastors Wanover seine erste Predigt vor der Gemeinde halten wollte, fand er die Kanzel bereits durch seinen Vorgänger besetzt. In Begleitung seines Vetters eilte er auf die Kanzel, um seinen Gegner herunterzuholen. Ein regelrechter Kampf entspann sich, in dessen Verlaufe **beide die Messer (!) zogen!** Nach wenigen Minuten fiel Dr. Wanover **mit durchschnittenem Halse von der Kanzel herab und starb bald darauf.** — Es wäre interessant zu erfahren, ob der überlebende Diener Gottes etwa darauf über das Thema von der „christlichen Nächstenliebe" gepredigt hat.

### Grausiger Fund.

Augsburg, 20. Juni. Bei der Grundaushebung für einen Neubau im Vororte Oberhausen sind zwei vollständig bekleidete männliche Leichen gefunden worden. Anscheinend liegt ein Mord vor.

### Die Rache am Schneider.

In origineller Weise rächte sich ein junger Mann in Braunschweig an einem Schneider, der ihm einen schlechtsitzenden Anzug geliefert hatte und sich weigerte, ihn zurückzunehmen. Um dem Publikum zu zeigen, wie sehr er hereingefallen sei, zog er den Anzug an und heftete sich ein großes Plakat auf den Rücken, auf dem geschrieben stand: „Dieser schlecht sitzende Anzug ist für 88 Mark von der Firma N. N., . . . . straße, geliefert." Damit ging er dann auf den belebtesten Straßen der Stadt einher und erregte natürlich großes Aufsehen.

### Der „andere".

In der Brüsseler Oper wurde kürzlich die Götterdämmerung aufgeführt. Während der Waltraute-Szene im ersten Akt ereignete sich folgender drollige Zwischenfall: Das Nahen der Walküre künden Blitz und Donner an. Das Gewitter war vorzüglich „gemacht", doch schien das Donnern dem Direktor etwas lang und er begab sich in die Kulissen, wo er dem Maschinisten, der das Gewittermachen zu besorgen hatte, wütend zurief: „Wollen Sie endlich aufhören, Elender! Es ist genug!" — „Aber, Herr," erwiderte der Maschinist, „ich tue ja nichts!" — „Wie? Sie tun nichts?" fragte der Direktor. „Und dieser Donner? Man hört ja nichts anderes als Sie!" Der Maschinist wurde ganz bleich und stammelte zitternd: „Das bin nicht ich, Herr! . . . Das ist der — andere! . . . Hören Sie nur! . . ." Es war in der Tat der „andere". Ein mächtiges Gewitter war nämlich über Brüssel niedergegangen.

## Versammlungsberichte.

**Sozialdemokratischer Verein Untergreißlau.** In der Versammlung am 4. Juni erstattete der Vorsitzende Bericht von der Konferenz in Zeitz. Die Versammlung erwartet von dem neuen Blatte eine bessere Bearbeitung unseres Kreises, als dies jetzt dem Volksblatt möglich ist. In der Lokalfrage soll nochmal versucht werden, ob der Gastwirt Böttcher die Arbeiterschaft nicht als gleichberechtigte Menschen ansehen will. Sollte dies fehl schlagen, beschließt die Versammlung, es mit scharfen Mitteln zu versuchen, den Geldsackstandpunkt des Böttcher zu brechen. Zum Parteifest in Runthal fordert der Vorsitzende eine rege Beteiligung. Sammellokal und Abmarsch soll im Volksblatt bekannt gegeben werden. Im Mai schieden aus zwei Genossen, während vier eingetreten sind. Genosse Pauli erwähnt zum Schluß die nächste Versammlung, in welcher Vorstandswahl stattfindet, und fordert auf, dieselbe zahlreich zu besuchen. H.

**Sozialdemokratischer Verein, Distrikt Schkeuditz.** Mitgliederversammlung am 9. Juni. Im Laufe der letzten beiden Monate wurden 21 Genossen und 2 Genossinnen in den Verein aufgenommen. Genosse Fritzsche gab den Jahresbericht vom Bildungsausschuß. Danach hat derselbe drei Konzerte, zwei Lichtbildervorträge, einen Theaterabend und einen Rezitationsabend veranstaltet. Die Veranstaltungen waren gut besucht. Der Gesamteinnahme von 862,63 Mk. steht eine Ausgabe von 870,25 Mark entgegen. Die Versammlung erklärt sich mit den vom Bildungsausschuß gebotenen Veranstaltungen zufriedengestellt. Bei der Ersatzwahl zum Bildungsausschuß wird die Genossin Trautwein gewählt. Das Spielen in verbotenen Lokalen seitens des Bandoniumklubs Lyra wurde scharf verurteilt. Des weiteren wurde bekannt gegeben, daß Bäckermeier Harnisch, Opitz, Blumenhandlung, Kaufmann Jarschel und Fahrradhändler Bomnitz die Arbeiterpresse abbestellt haben. H.


Wer probt — lobt

Eckstein's
DA CAPO
Zigaretten.
Unübertroffen in Qualität, bieten sie völligen Ersatz für die teuer gewordenen importierten Zigaretten, die der deutsche Raucher weit über den wirklichen Wert bezahlt.
10 Stück 30, 35, 40 und 50 Pfg.
A. M. Eckstein & Söhne, Dresden (ca. 1500 Arbeiter)
In Zigarrenhandlungen zu haben.

Achtung! Achtung!
Bitte, probieren Sie meine hochfeine Qualitäts-Zigarre
Nr. 61,
10 Stück 60 Pfennig.
Nur für Kenner! Konkurrenzlos!
Paul Leuschner, Mittelwache 9/10.

Kreitenmeyer's Zahnpraxis,
Leipzigerstraße 8 (vis-a-vis der Ulrichskirche).
Atelier für modernen Zahn-Ersatz
mit und ohne Entfernung der Wurzeln.
Schmerzloses Zahnziehen.
Kunstvolle Plombierungen rc.
Schonendste Behandlung. Mässige Preise. Bequeme Zahlungsbedingungen.
Telephon 3301.
Ueber mein schmerzloses Verfahren liegen viele Anerkennungsschreiben im Atelier aus.

das beste Waschmittel,
½ ℔ Paket 15 Pfg.
Makulatur verk. Genossenschaftsbuchdruckerei

„Seit Jahren litt ich an lästigem Gesichtsausschlag und
Bartflechte
Nach Anwendung von Zucker's Patent-Medizinal-Seife bin ich seit ¾ Jahren geheilt. F. M. in D." à Stck. 50 Pf. (15%ig) und 1.50 M. (35%ig, stärkste Form). Dazugeh. Zuckooh-Creme 75 Pf. u. 2 M., ferner Zuckooh-Seife (mild) 50 Pf. u. 1.50 M. In allen Apoth., Drog. u. Parfüm. erhältl. Nichts anderes aufreden lassen. Es gibt dafür keinen Ersatz!

Signal-Trillerpfeifen
alle Sorten bei
C. F. Ritter,
Leipzigerstrasse 90.

1 Massanzug 16 M. 1 Paletot 16 M. Chice Pass. Mod. Dessins. Muster fr. Max Hacker, Ratibor 207.


Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219100622-15/fragment/page=0007

## Aus der Jugendbewegung.

**Arbeiter-Jugend.** Die soeben erschienene Nummer 13 hat u. a. folgenden Inhalt: Ferdinand Freiligrath (mit Bild). Von Ernst Almsloh. — Aus Freiligraths Leben. — Die menschlichen Siedlungen der jüngeren Steinzeit. Von Hannah Lewin (mit Illustrationen). — Bezirksorganisationen der Jugendausschüsse. — Die Dresdener Jugendbewegung. — Jugendbewegung des Auslandes. — Vom Kriegsschauplatz. — Die Gegner an der Arbeit. — Zur wirtschaftlichen Lage usw.

**Beilage.** Was ich auf dem Stern erlebte. Ein Abenteuer von Franz Henschel. — Ein geschichtlicher Leitfaden (Mehrings deutsche Geschichte). Von A. Conrady. — Natur-Urkunden (mit Illustrationen). Von Jürgen Brand. — Eine wüste Mode. — „Ich trete aus." Von W. Sollmann. — Aus dem Leserkreise. — Muckchen. Erzählung von R. Franz. — Gedichte von Freiligrath.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die Wirren in China.

Neuyork, 20. Juni. Nach einer Meldung des New-York Herald aus Peking hat der Vizekönig von Hunan vier hohe Offiziere der 8. Division verhaften lassen. Die Verhafteten werden beschuldigt, sich an der revolutionären Propaganda beteiligt zu haben. Der Vizekönig glaubt, daß durch diese Verhaftungen eine Bewegung im Keime erstickt ist, die darauf gerichtet war, eine Militärliga ins Leben zu rufen, um die Armee und durch diese die Regierung zu beherrschen. — Die kritische Lage in Hunan wird durch **große Ueberschwemmungen** noch verschlimmert. In dem nördlichen Teile von Tschangtesu soll der **Verlust an Menschenleben ungeheuer groß** sein. Die Bevölkerung leidet große Not.

### Die Pest.

Marseille, 21. Juni. Wie dem Echo de China gemeldet wird, ist auf der chinesischen Insel Hainan die Pest ausgebrochen und richtet große Verheerungen unter den Bewohnern der Insel an.

### Die Gewalt des Zyklons.

Esseg, 21. Juni. Ein furchtbarer Zyklon hat in Migalvic über 5000 große Eichenstämme entwurzelt.

## Zur Gründung einer eignen Presse im Zeitzer Kreise:

**Aue.** Vom Arbeiter-Radfahrerverein Aue-Aylsdorf im Deutschen Kaiser gesammelt 6.20 Mark. B. N.

## Literarisches.

**Kommunale Praxis.** Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Heft 22 bis 24 liegen vor. Der Inhalt umfaßt alle Gebiete des Gemeindelebens. Mit dem 1. Juli beginnt ein neues Abonnement. Wer die Zeitschrift noch nicht kennt, verlange vom Verlag kostenlose Zusendung einer Probenummer.

## An die Expedienten und Austräger

richten wir hiermit das Ersuchen, **alle Rückstände** bis spätestens 26. Juni auszugleichen, da am 30. Juni Inventur stattfindet.

Verlag und Buchhandlung.

## Für die Opfer der preußischen Wahlrechtsjustiz.

Auf Listen: 178 3.70, 36 (Distrikt 8) 11.50, 196 durch A. A. 8,— Mark. Reiwand.

## Für die ausgesperrten Bauarbeiter:

**Eisleben.** Von einer reichstreuen Kameradschaft des Hohentalschachts 5,— Mark. J. St.

**Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.**


**Walhalla-Theater**
Direktor u. Besitzer: Paul Blüthgen.
**Rigolettos Triumph-Erfolge!**
**So etwas hat man hier noch nicht gesehen!**
**Ganz Halle ist begeistert!**
Vorher: **Der Liebespavillon:** Musikalische Leitung: Direkt. Paul Blüthgen.
* Alle Karten gültig. Ueberall gratis zu haben.

Ecke Reil- und Wuchererstr. **Germania-Theater.** Ecke Reil- und Wuchererstr.
Ab Mittwoch:
Der Untergang des französisch. Unterseebootes Pluviosa.
Schneewittchen. (Grosses Ausstattungs-Stück.)
Ab 9 Uhr abends:
Vorstellung im herrlich illuminierten Garten. Künstler-Konzert.

**Einmachegläser**

| Literinhalt ca. | 1/4 | 3/8 | 1/2 | 3/4 | 1 | 1 1/2 | 2 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 4 | 6 | 7 | 9 | 12 | 16 | 20 Pf. |

| Literinhalt ca. | 3 | 4 | 5 |
|---|---|---|---|
| | 28 | 38 | 55 Pf. |

**Einmachegläser**
mit Patentverschluss

| Literinhalt ca. | 1/2 | 3/4 | 1 | 1 1/2 | 2 |
|---|---|---|---|---|---|
| | 27 | 33 | 38 | 45 | 55 Pf. |

**Einmachetöpfe**
48 35 28 16 Pf.
**Pergamentpapier** Meter **8** Pf.
Hamburg. Engros-Lager Leopold **Nussbaum,**
Halle a. S.

**Photographisches Atelier u. Vergrösserungs-Anstalt**
**Samson & Co.,**
Poststr. 9/10, Halle a. S., vis-à-vis dem Kaiserdenkmal.
**Unwiderruflich Schluss der Vergrösserungs-Zugaben**
am Donnerstag den 30. Juni d. Js.

**Wegen Krankheit**
verkaufe ich mein gutgehendes **Materialwaren- u. Viktualiengeschäft.**
Offert. unt. Z. D. a. d. Exp. d. Volksbl.

Arbeitsmarkt
**Wer Stellung sucht** verlange die „Deutsche Vakanzenpost" Eßlingen 156.

**Niedriger Verdienst**
kann erhöht werden, wenn Sie in der Fabrik, auf dem Schachte oder überall da, wo mehrere Arbeiter zusammen sind, meine gut. **Zigarren** führen. Sie haben kein Risiko, da erst nach Verkauf bezahlt wird. Eine gute Zigarre führt sich überall ein u. haben Sie dann ein. schön. Nebeneinnahme. Wenn Sie gewillt sind, sich d. Vertr. z. widm., schreiben Sie unter **Nr. L. 700** an die Expedition dieses Blattes.

**Weissenfels.**
**Kinematograph**
am Markt
**Metropol-Theater**
Klosterstraße 2.
Jeden Mittwoch und Sonnabend neues Programm.

**Kalkvögel**

beliebtes eigenes Fabrikat.
**Christian Glaser,**
Gr. Klausstrasse 24.

**Hausarbeiterinnen**
suchen **Heilbrun & Pinner,**
Geiststrasse 22.

**Zoolog. Garten.**

Ohne erhöhte Eintrittspreise
täglich Vorstellungen von
**Marquardt's gr. Völkerschau:**
**Das afrikanische Dorf.**
Hütten verschiedener Bauart, ca. 50 Eingeborene Afrikas.
**Mauren, Beduinen, Berber und Neger**
in ihren mannigfaltigen Vorführungen.
**El Hadj Mohammed** und **Omar,** unübertreffliche
* **Schlangenbeschwörer.**
Beduinen als Reitkünstler.
— Maurische Tänzerinnen. —
— Kunstschützen. —
Reservierter Raum: Erw. 30 ₰, Kinder 20 ₰, Stehplatz 10 ₰.
**Vorstellungen:**
4 1/2 und 7 Uhr.

**Fortzugshalber**
ist ein **Piano,** gut erhalt., für 125 Mk. zu verkaufen. Auch wird daselbst die Wohnung (2 St., K., K., Korrid., Bodenk., K.) Anfang Juli frei.
**Naumann,** Eichendorffstr. 29 II. (Neubau).

**Möbel — Kleiderschränke**
nur 28 M, Vert. 35 M, Schreibt. 34 M.
**Ausstattungen, grosse Auswahl.**
**Karl Bieler,** Albrechtstraße 39.

* **Um zu räumen:**
Ein Posten garnierte **Damenhüte,**
früher M 15, 10, 8, jetzt M 6, 3, 2,
Hutfassons zu außergew. bill. Preis.
**Schmeerstr. 5, I,** Vorderhaus.

**Apollo-Theater.**
Direktion: Gustav Poller.
Allabendlich 8,15 Uhr
**sensationeller Erfolg!**
**Ramon's Abenteuer,**
groteskter Schwank i. 4 Akten von F. Brand.
Währ. d. Pausen: Promenade i. d. prächtig illuminierten Garten.

**Aluminium-Trinkbecher**
10, 25, 50 ₰
**C. F. Ritter,**
Leipzigerstrasse 90.

**Geldschrank**
Doppel- und einfache Pulte, Aktenschrank, Bücherschränke, Schreibtische, Dreh- u. Schreibsessel verkaufe billigst.
**Friedr. Pelleke,**
Telephon 2450. Geiststr. 25.

**Waschgefäße,**
dauerhaft und billig, größte Auswahl. Böttcherei Schülershof 1.

**Der Weg zur Macht**
von Karl Kautsky.
**Preis 50 Pfennig.**
Zu beziehen durch alle Austräger u. die **Volksbuchhandlung** Harz 42/43.

Die echte deutsche **Schafwolle** ist wieder auf dem hiesigen Jahrmarkte zu haben, auch **Schuhwaren** und **Pantoffeln** bei Fr. **A. Berger.**
— Erkenntlich an der Firma. —

**Ssanin.**
Sittenroman aus den Tagen der russischen Revolution.
Vollständige Ausgabe.
**Dreimal verboten gewesen!**
Hochinteressant. 430 Seiten stark.
Preis 1.50 Mark.
Volksbuchhandlung Halle a. S.

Kaufen Sie **Bakokia** die rein, mild und zart schmeckende Pflanzen-Butter-Margarine zum Essen, Braten, Kochen und Backen. Pfd. nur **70** Pfg.
Käuflich in vielen Geschäften Deutschlands. Grossvertrieb **A. Gebitsch.** Fernspr. 2616.

## Wegweiser für unsere einkaufenden Abonnenten.

Erscheint wöchentlich dreimal. — Unsern Lesern bei Bedarf zur Beachtung empfohlen. — Erscheint wöchentlich dreimal.

**Abzahlungsgeschäfte**
M. Thiele, Göbenstr. 1, p.

**Bettfedern, Betten**
Herm. Baumüller, Burgstr. 5.
Burkhardt, Gr. Märkerstr. 17.
Rob. Steinmetz, Leipzigerstr. 8.

**Brauereien**
F. Günther, Halle a. S.

**Briketts, Kohlen**
Richard Wolf, verläng. Königstr.

**Delikatessen und Fische**
Alfr. Bernhardt, Gr. Ulrichstr. 46.
H. Doller, Leipzigerstr. 64.

**Drogen und Farben**
M. Rädler, Rannischestr. 2.

**Ein- u. Verkaufsgeschäfte**
F. Hennicke, Kl. Ulrichstr. 15.

**Eisen- und Stahlwaren**
F. Lindenhahn, Königstr. 8.

**Eiserne Oefen**
Christian Glaser, Gr. Klausstr. 24.
F. Lindenhahn, Königstr. 8.

**Fahrräder u. Nähmaschinen**
Henry Klepzig, Reilstr. 2.

**Fleischermeister, Wurstfabriken**
J. Klostermann, Advokatenweg 27.
Franz Kunze, Burgstr. 59.
August Mangold, Merseburgerstrasse 105.
Carl Laue, Körnerstrasse 34.
Robert Schäfer, Königstr.
Otto Ulbricht, Bäckerstrasse 1.

**Gummiwaren**
C. Klappenbach, Gr. Ulrichstr. 41.

**Handleiterwagen-Fabriken**
Oskar Kutscher, Stellmacherei, Moritzkirchhof 10.

Theodor Lühr, Leipzigerstr. 94.
Ernst Seltmann, Merseburgerstr. 16.

**Haus- und Küchengeräte**
K. Kuckenburg, Rannischestr. 12.

**Honigkuchen, Zuckerwaren**
Friedrich Bock, Schmeerstrasse 16.
Marie Peschke, Steinweg Nr. 31.

**Hüte und Mützen**
Friedrich Flietner, Geiststr. 23.

**Kaffee, Kakao, Tee**
C. O. Büsch, Leipzigerstr. 51.
Ernst Ochse, Leipzigerstr. 95.

**Kartonagen**
W. Schmeil, Jakobstr. 60.

**Kaufhäuser**
H. Elkan, Leipzigerstr. 87. Bekleidg.-Gegenst. j. Art.

**Kinderwagen**
Theodor Lühr, Leipzigerstr. 94.

**Kolonialwaren**
F. Beerholdt, Bechershof 8, dicht am Markt.
Ernst Clausius, Rich. Wagnerstr. 16
Franz Geyer, Gr. Brunnenstr. 32 p.
Oskar Häder, Hallmarkt.
C. Lange sen., Kl. Ulrichstr. 26.

**Lederhandlungen**
Siegm. Jacob, Gr. Märkerstr. 8.
Herm. Schmidt, Geiststr. 23.

**Leinen und Wäsche**
Rob. Steinmetz, Leipzigerstr. 8.

**Möbel-Magazine**
Möbel-Magazin Hall. Tischlermstr. Grosse Ulrichstr. 50

**Photographische Ateliers**
Richard Schröder, nur Steinweg 17.

**Schneiderei-Bedarfsartikel**
F. C. Wissell, Marktplatz 11.
L. Zengerling, Schulstr. 7.

**Spedition, Möbeltransport**
O. Kästner & Co., Brunoswarte 36.
Wilh. Müller, Brunnenstr. 53.

**Uhren- u. Goldwaren**
Friedrich Hofmann, Grosse Klausstr. 23.
Robert Koch, Leipzigerstrasse 44.
Albert Mennicke, Gr. Steinstr. 62
A. Schäfer, Leipzigerstr. 92.
A. Weiss, Kleinschmieden 6.

**Weine u. Fruchtsäfte etc.**
M. Kade Nachf., Leipzigerstr. 93.
Max Künzel, Magdeburgerstr. 59.
Paul Ziegs, Gr. Brauhausstr., Ecke Leipzigerstr.

**Weiss-Woll-Tapisserie**
Franz Bamme, Lindenstr. 56.
Marie Stellfeld, Triftstr. 4.

**Zahn-Techniker**
Willy Muder, Neue Promenade 16, vis-à-vis Leipz. Turm.

**Zigarrenhandlungen**
F. Soldmann, Königstrasse 86.
Schubert, William, Zigarren und Schulartikel, Lauchstädterstr. 15.
Julius Wiedemann, Schmeerstr. 4.

**Ammendorf.**
O. Probsthayn, Bettf.-Rein.-Anst.
W. Wünscher, Schuhwaren.

**Meldungen bezüglich Aufnahme in den Wegweiser nimmt die Expedition — Harz 42/43 — entgegen.**



Für die Inserate verantwortlich: Rob. Ilgner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. Groß, jetzt A. Jähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219100622-15/fragment/page=0008